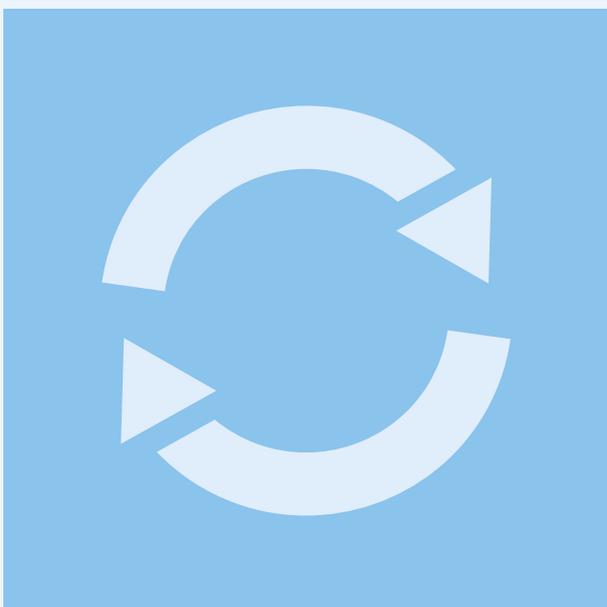


BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2008 FÜR DEUTSCHLAND



**Begleitmaterial
zur Pressekonferenz
am 14. Januar 2009
in Frankfurt am Main**

BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2008 FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Gruppe ID, Pressestelle,
in Zusammenarbeit mit Gruppe III A
„Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Internet: www.destatis.de

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Tel.: +49 (0) 611 / 75 26 26

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 52

E-mail: bip-info@destatis.de

Journalistische Anfragen:

Pressestelle

Tel.: +49 (0) 611 / 75 34 44

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Allgemeine Informationen zum Datenangebot:

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Grundlage dieser Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 14. Januar 2009 veröffentlichten Daten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

A Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1:	Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2008	5
Tabelle 1:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2008 in jeweiligen Preisen	6
Schaubild 2:	Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1950 bis 2008	7
Schaubild 3:	Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 1997 bis 2008	8
Schaubild 4:	Entstehung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2008 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	9
Schaubild 5:	Wirtschaftsstruktur in Deutschland 1991 und 2008 Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in %.....	10
Schaubild 6:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2008	11
Schaubild 7:	Verwendungsstruktur des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2008.....	12
Schaubild 8:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1996 bis 2008	13
Schaubild 9:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1996 bis 2008	14
Schaubild 10:	Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2008	15
Schaubild 11:	Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2008	16
Schaubild 12:	Monatliche Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter in Deutschland von 1995 bis 2008.....	17
Schaubild 13:	Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2008	18
Schaubild 14:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2008	19
Tabelle 2:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2008	20
Schaubild 15:	Staatliche Finanzierungssalden 2007 und 2008 im internationalen Vergleich (Länder der Eurozone, Japan und USA).....	21
Schaubild 16:	Staatliche Finanzierungssalden 2007 und 2008 im internationalen Vergleich (Eurozone - EU27)	22
Schaubild 17:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2007 und 2008 im internationalen Vergleich (Länder der Eurozone, Japan und USA).....	23
Schaubild 18:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2007 und 2008 im internationalen Vergleich (Eurozone - EU27)	24

B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag	25
2	Arbeitsmarkt	26
3	Einnahmen und Ausgaben des Staates	28
4	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft.....	30
5	Finanzmarktkrise und VGR.....	32
6	Vorjahrespreise und Verkettung.....	34
7	FISIM.....	36
8	Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum	37
9	Nationales Veröffentlichungsprogramm	40

Schaubild 1



Tabelle 1

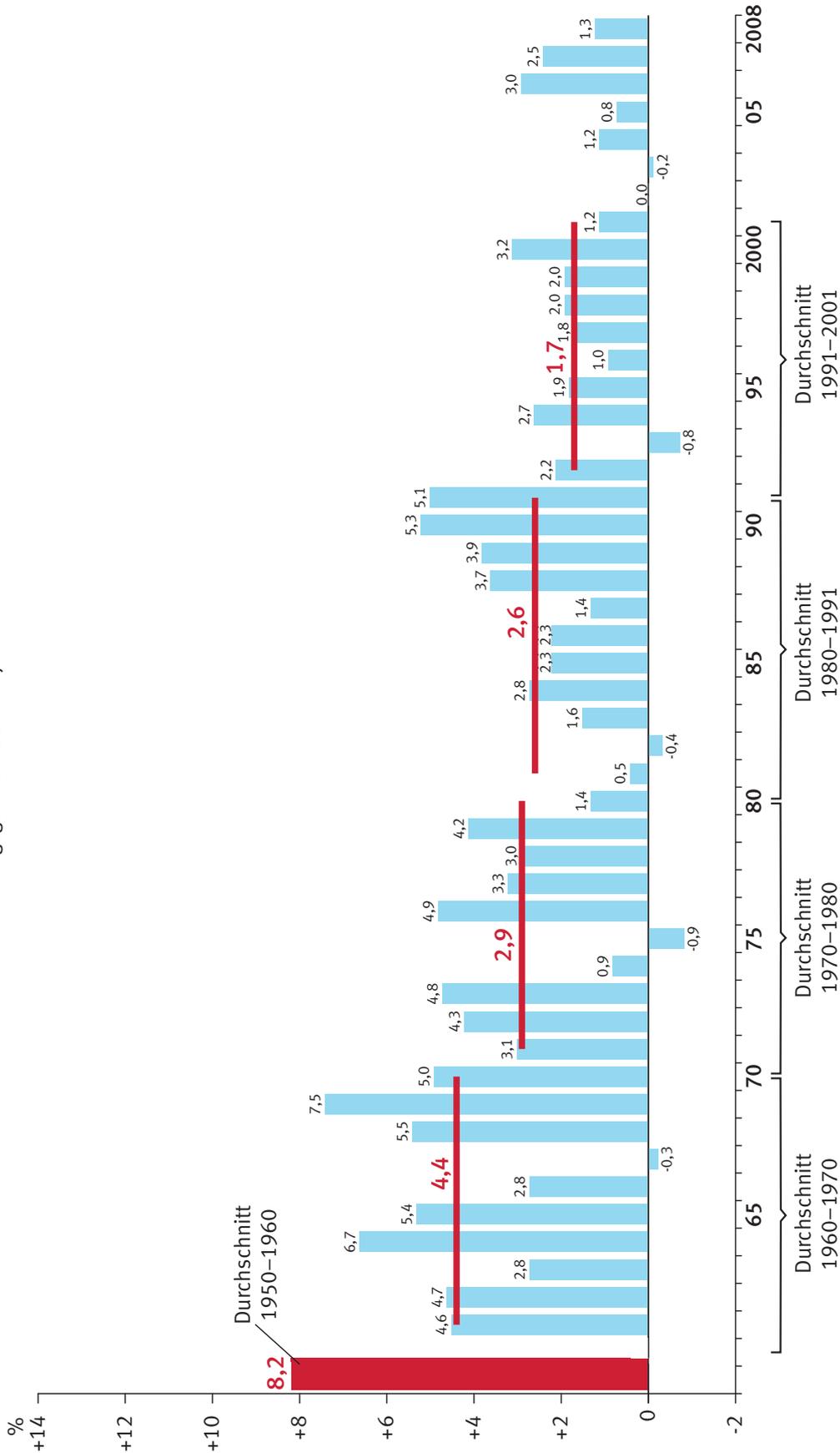
**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2008
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro	Anteil am BIP in %
Bruttoinlandsprodukt	2 489,40	100
Private Konsumausgaben	1 404,12	56,4
Konsumausgaben des Staates	453,19	18,2
Bruttoinvestitionen	474,24	19,1
Bruttoanlageinvestitionen	477,13	19,2
Ausrüstungen	197,66	7,9
Bauten	251,04	10,1
Sonstige Anlagen	28,43	1,1
Vorratsveränderungen	- 2,89	- 0,1
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	157,85	6,3

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

Wirtschaftswachstum in Deutschland¹⁾
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

Schaubild 3

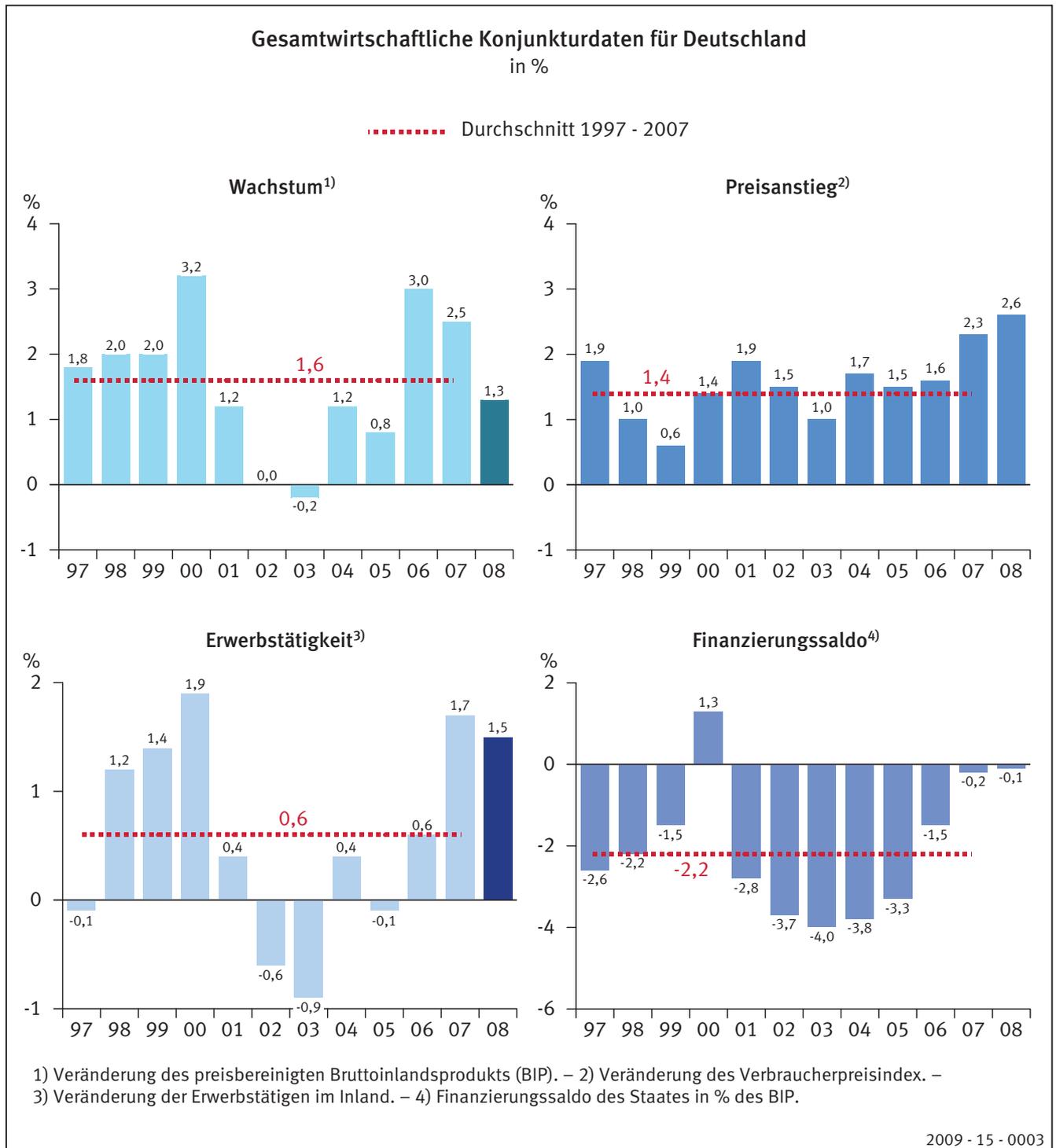


Schaubild 4

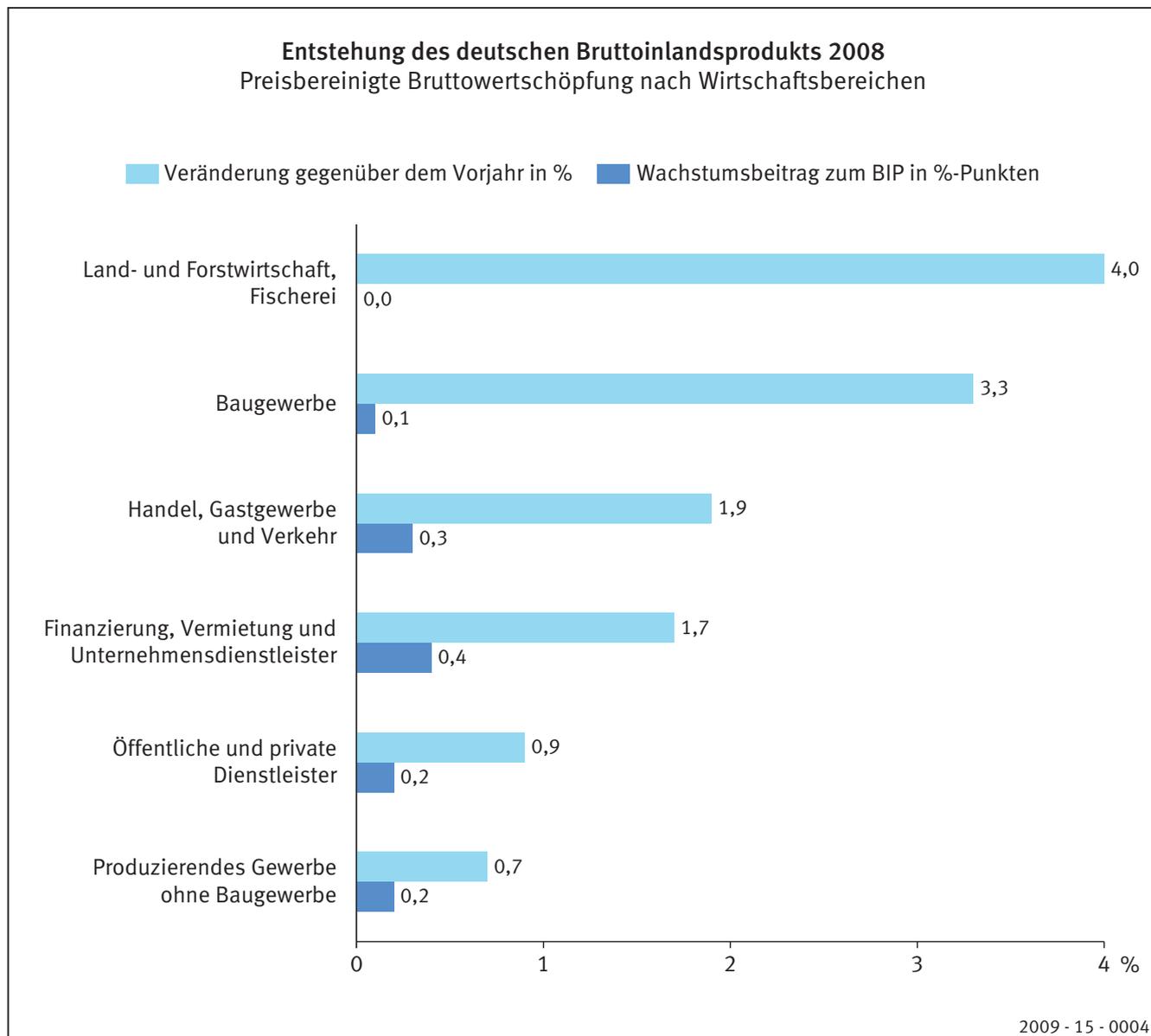


Schaubild 5

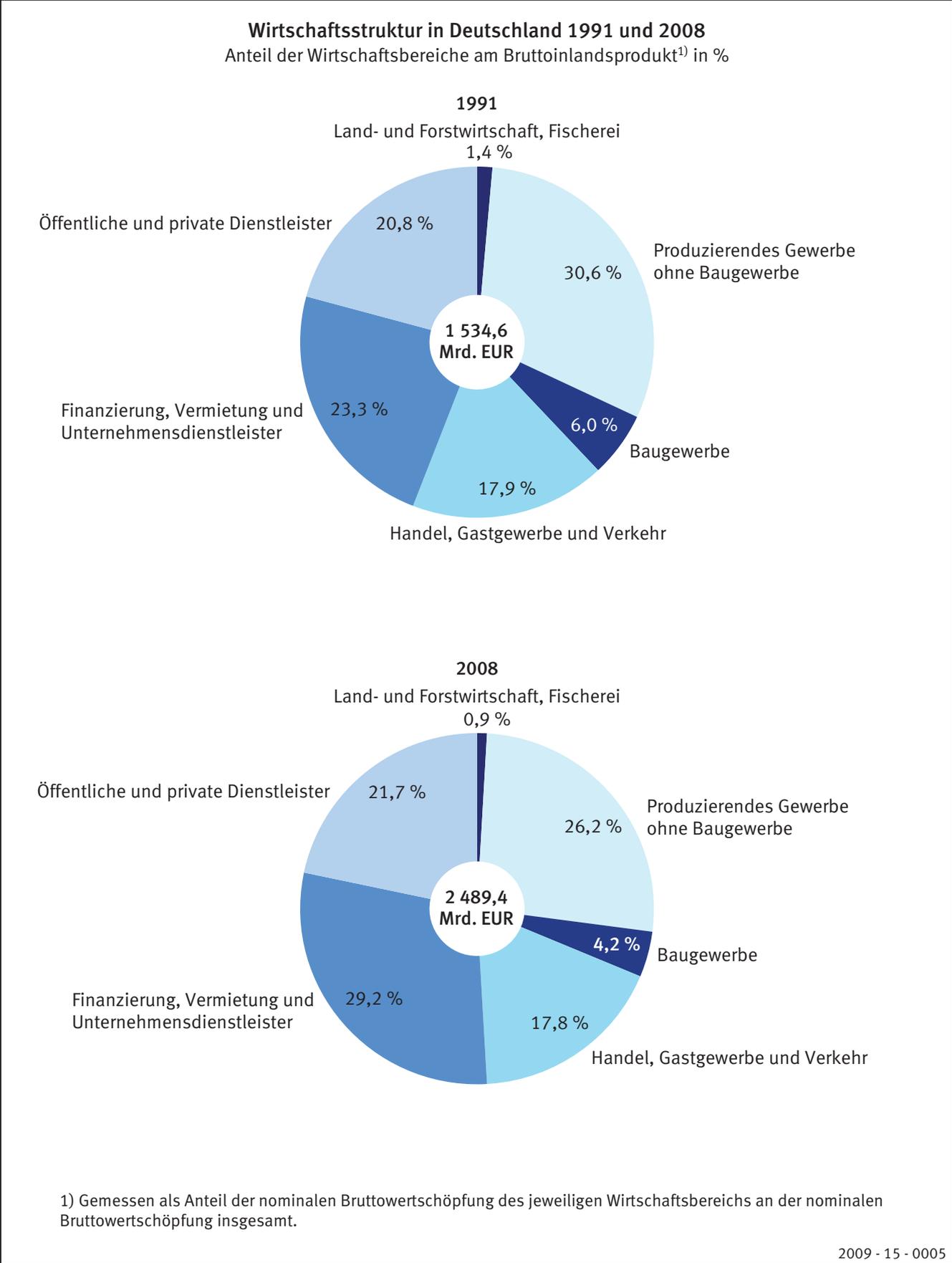


Schaubild 6

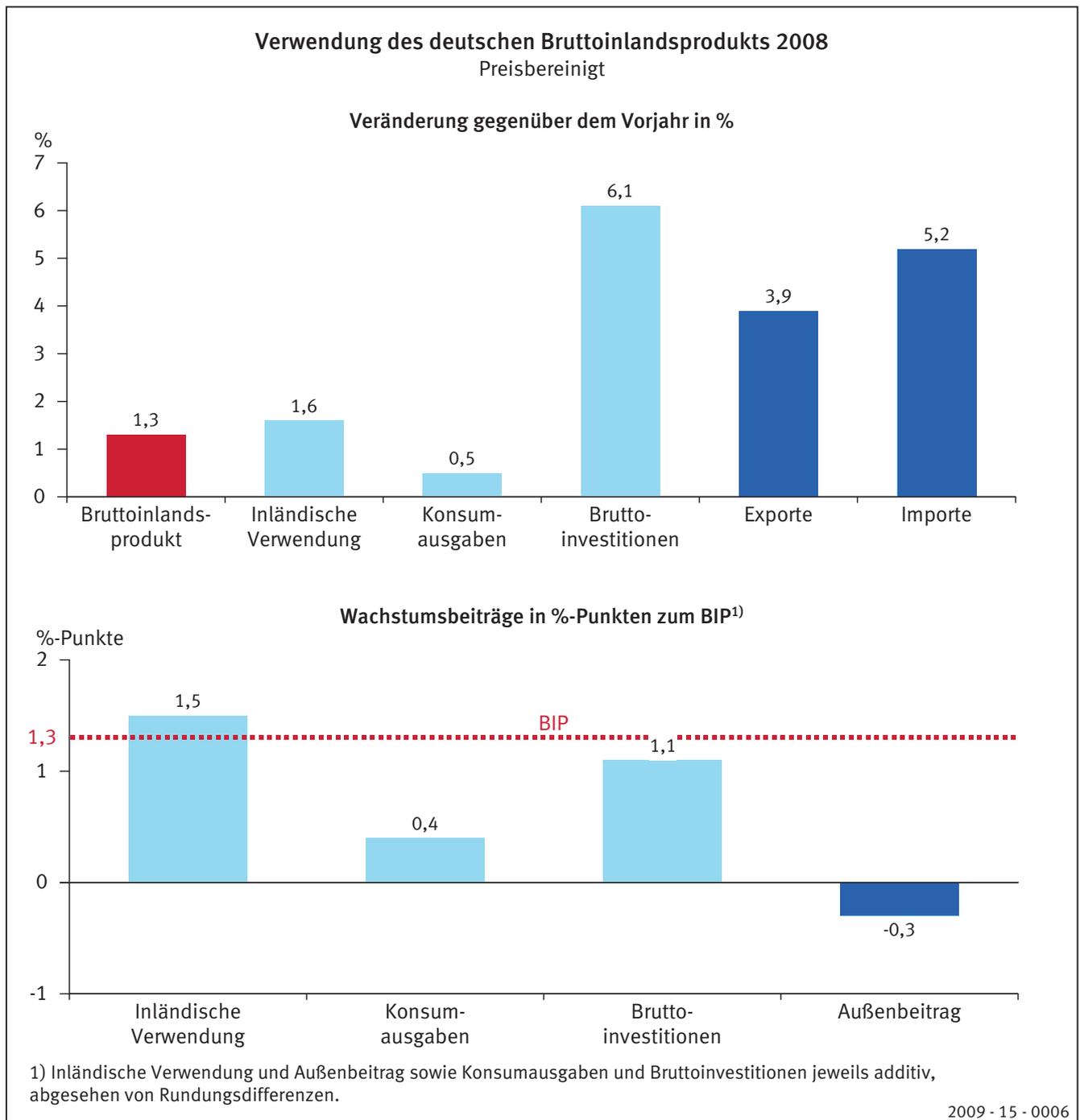


Schaubild 7

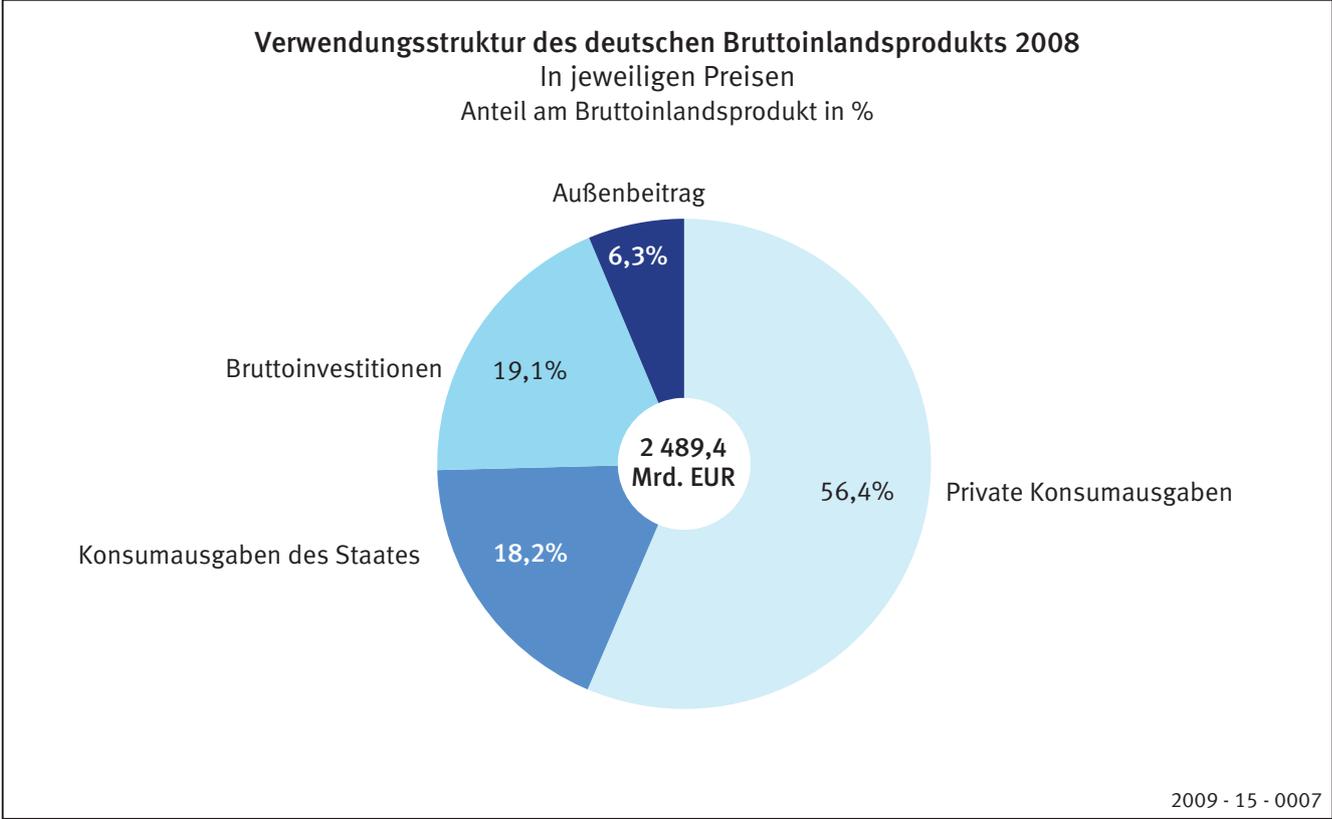


Schaubild 8

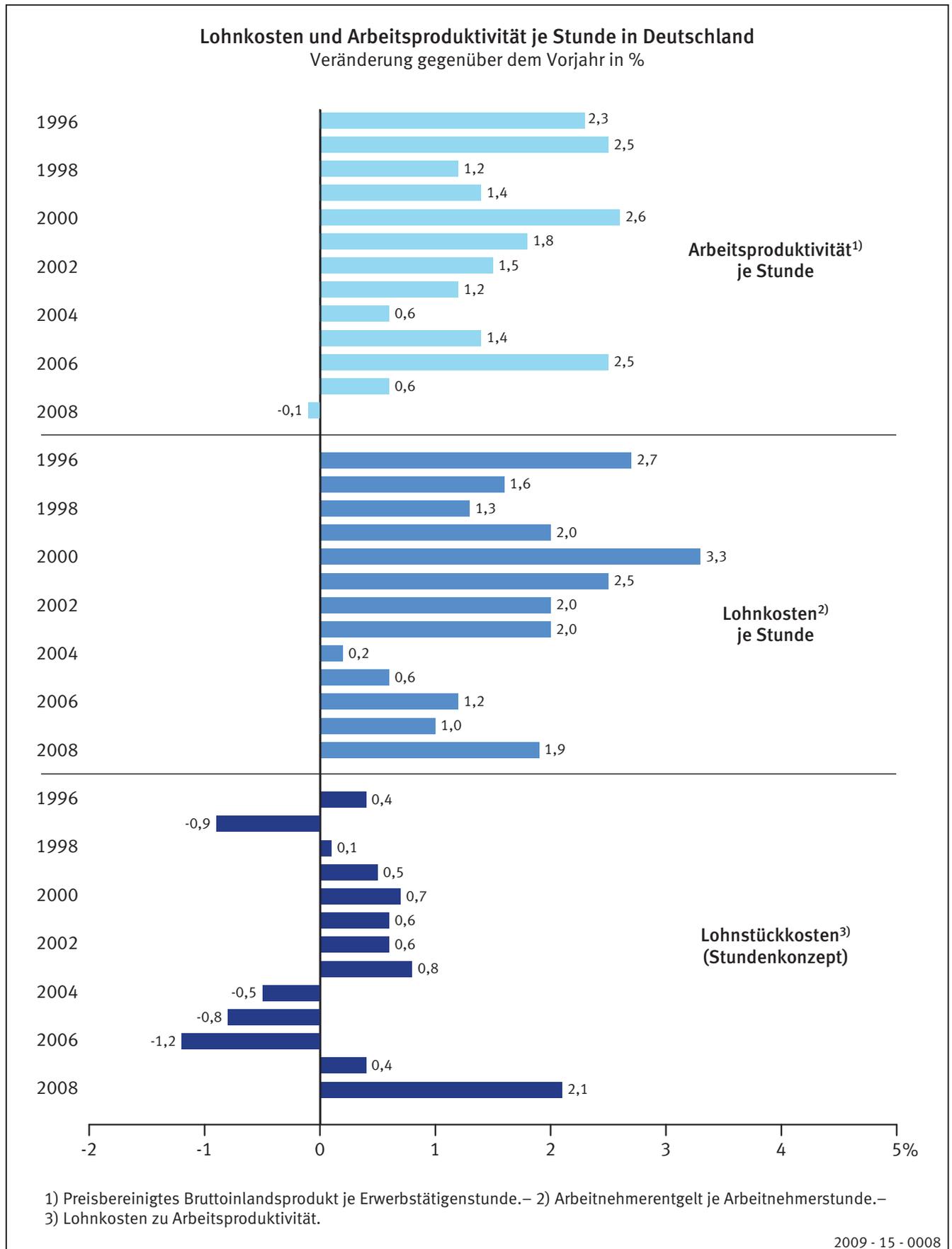


Schaubild 9

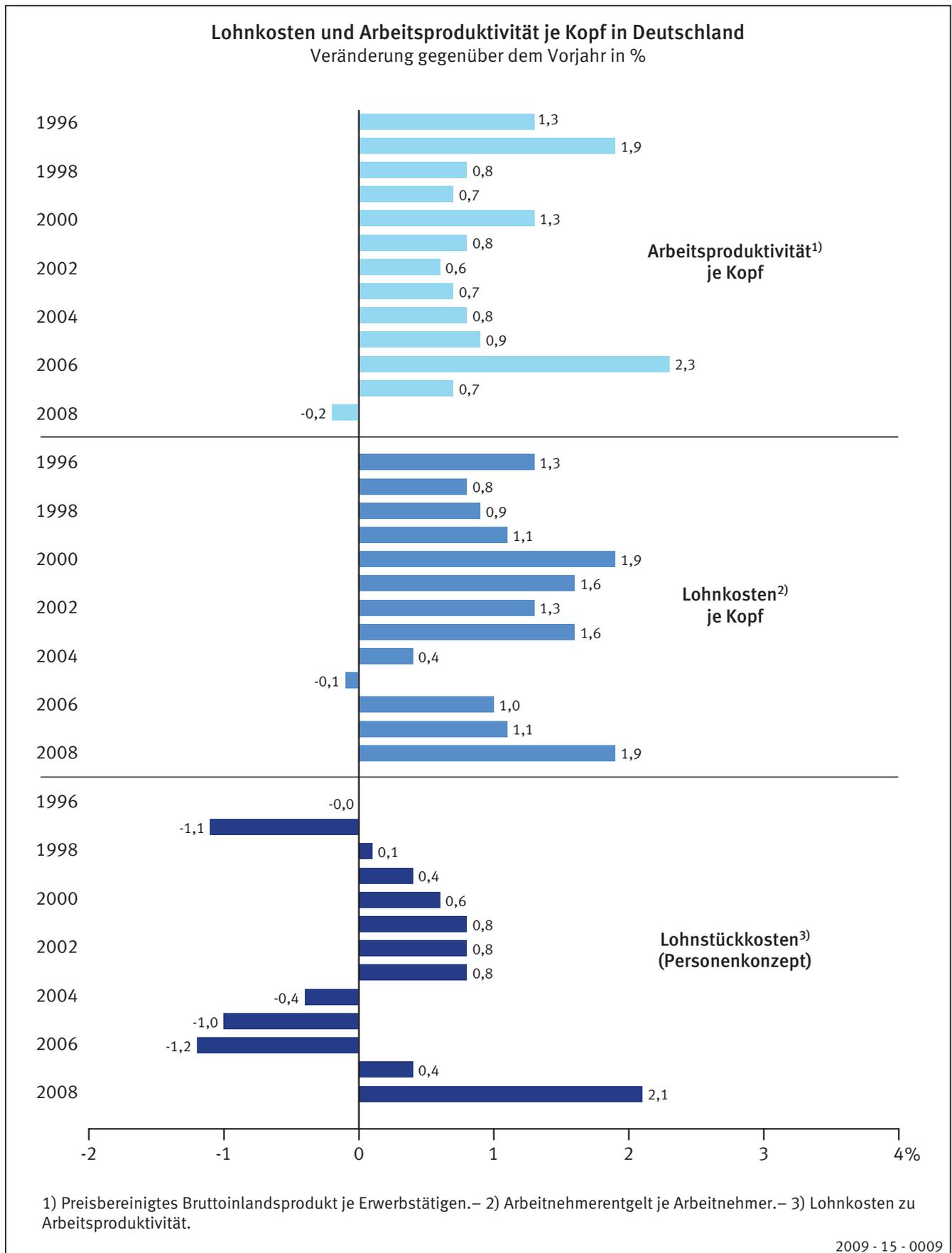
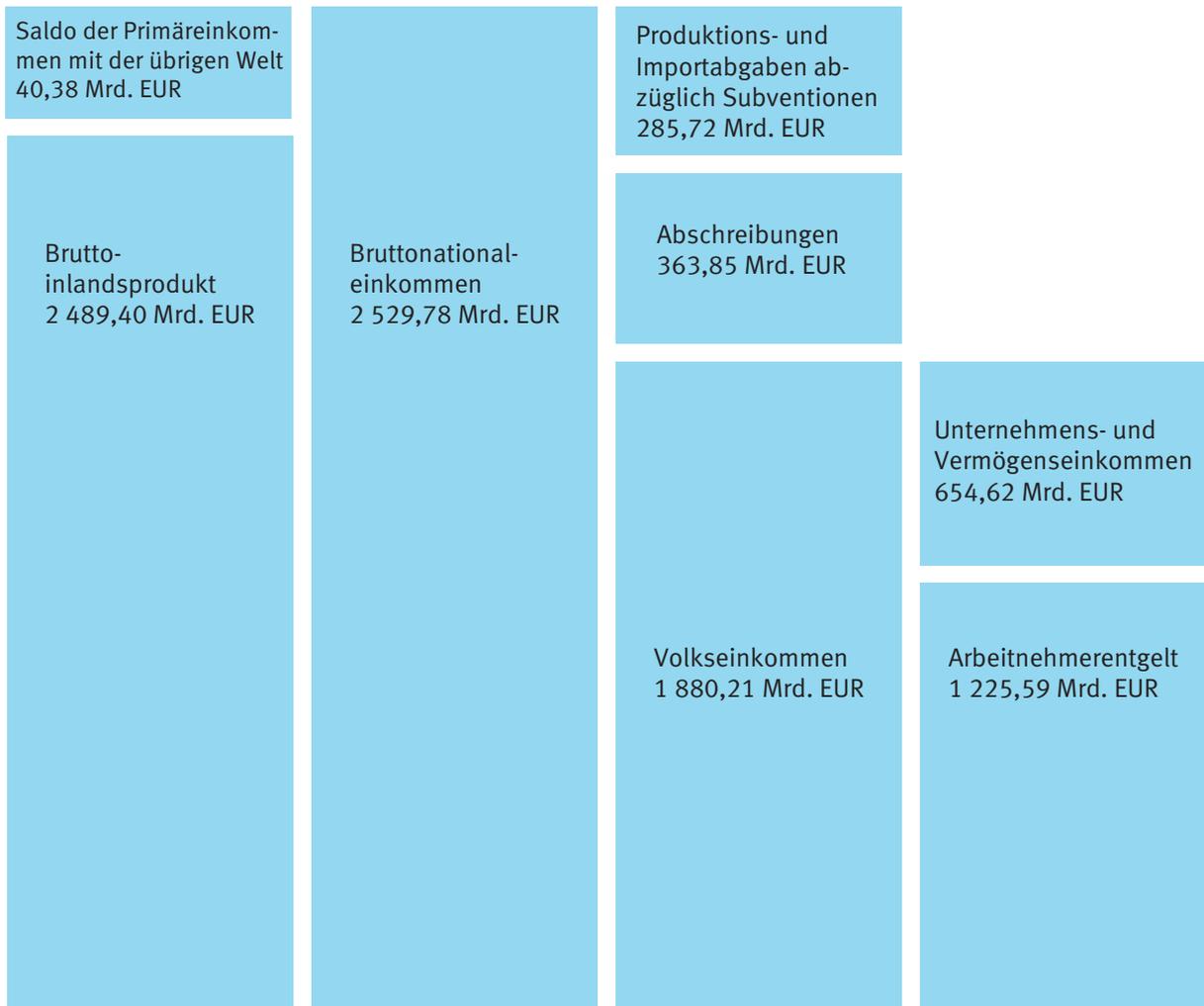


Schaubild 10

Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2008



2009 - 15 - 0010

Schaubild 11

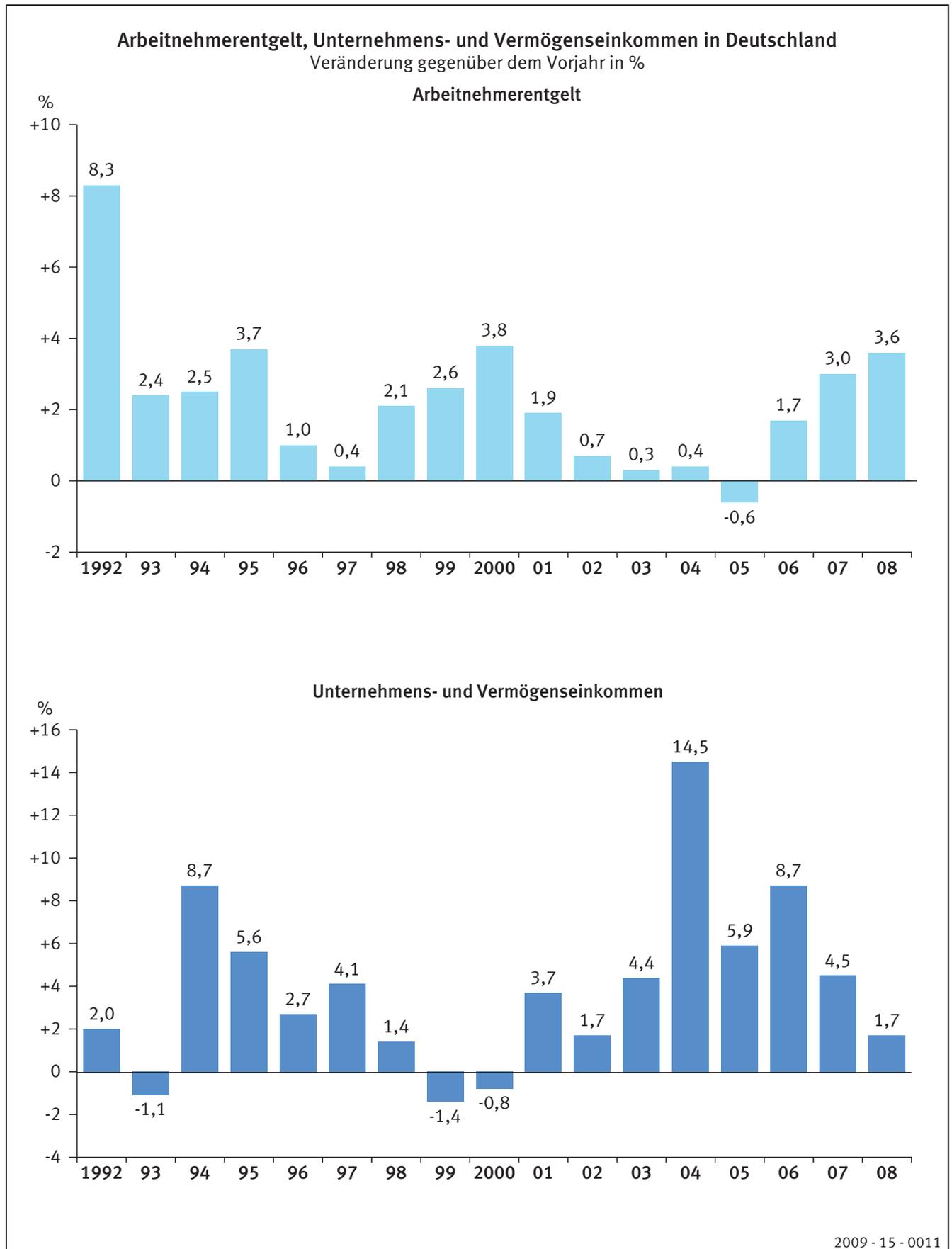


Schaubild 12

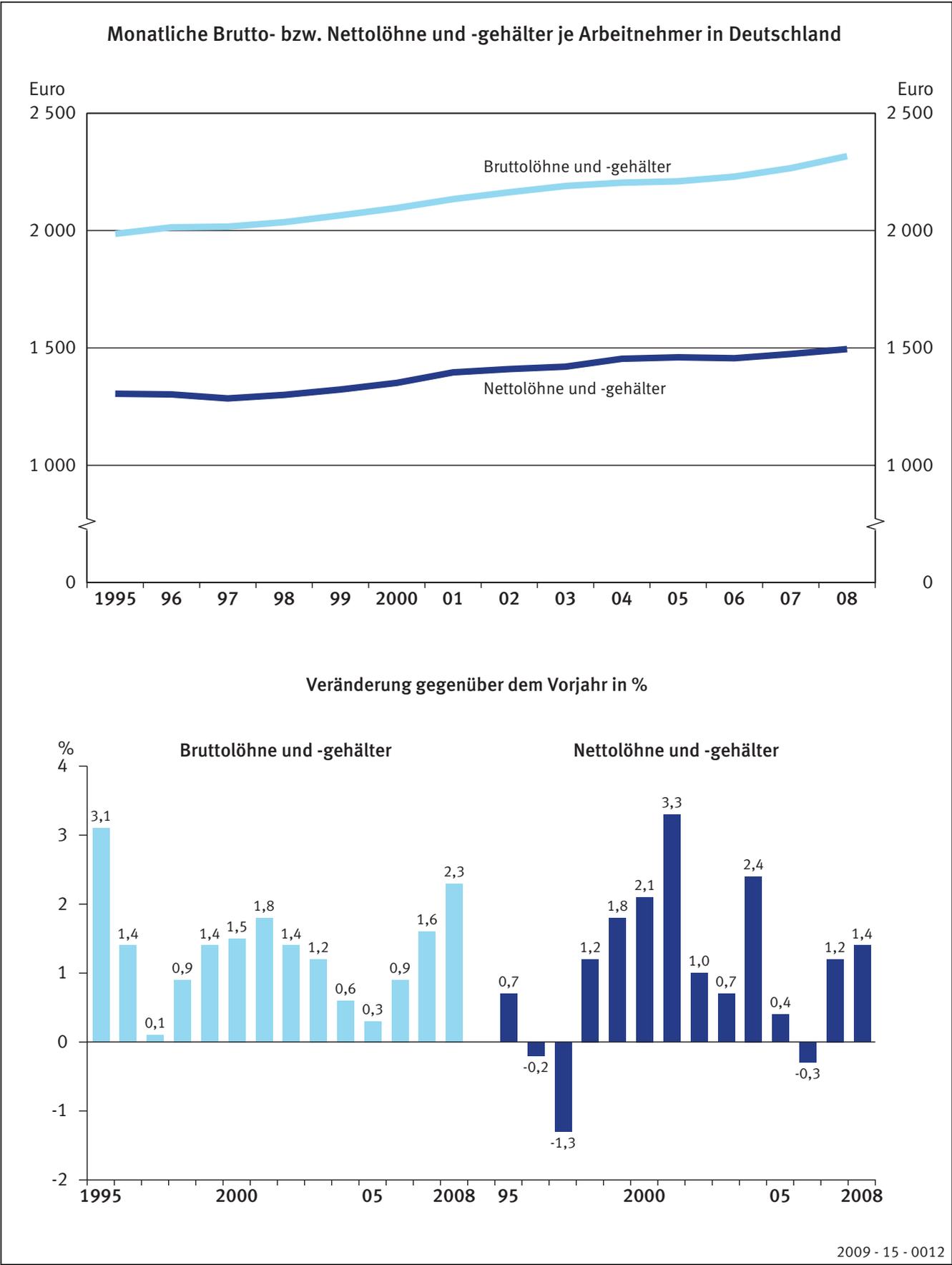


Schaubild 13

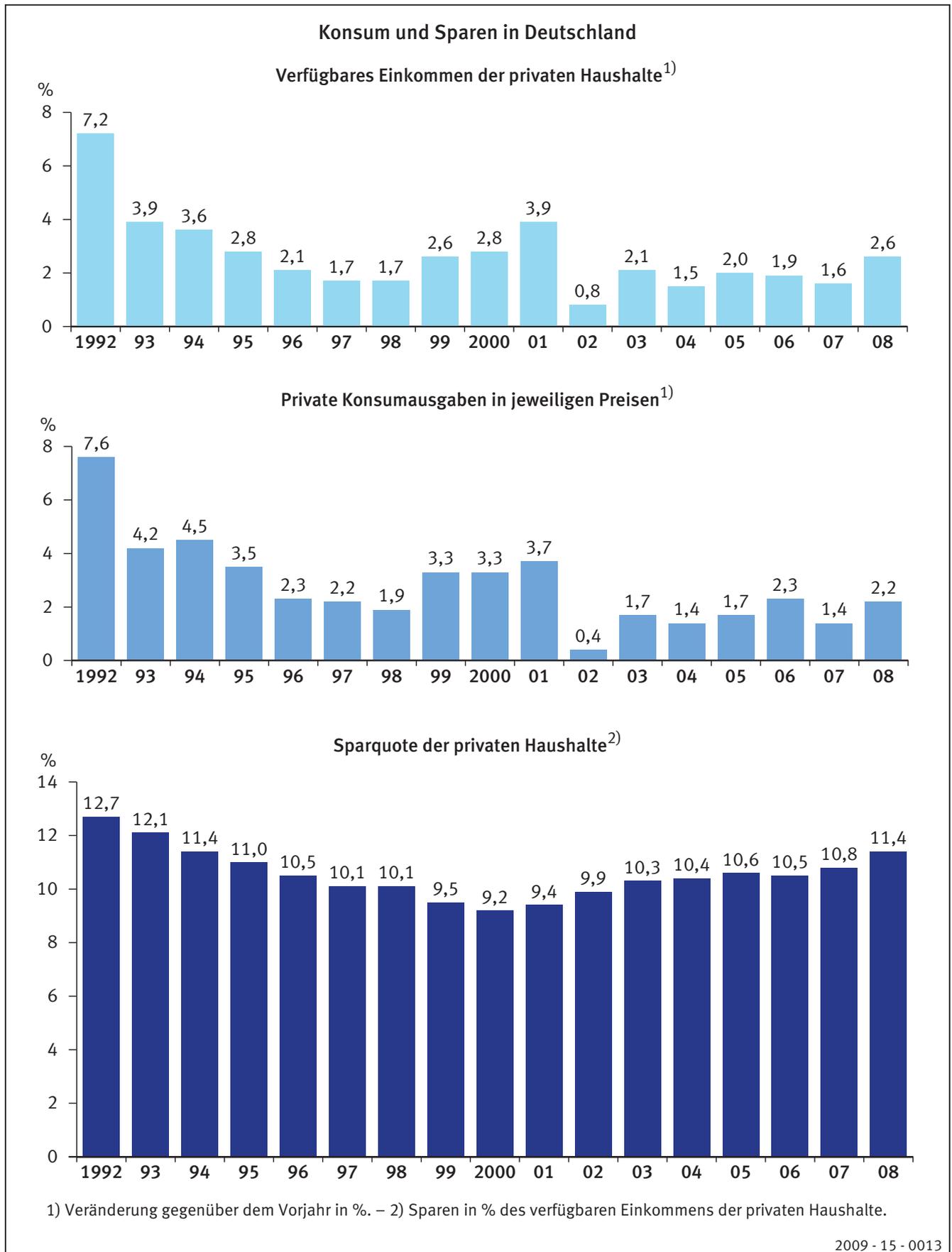
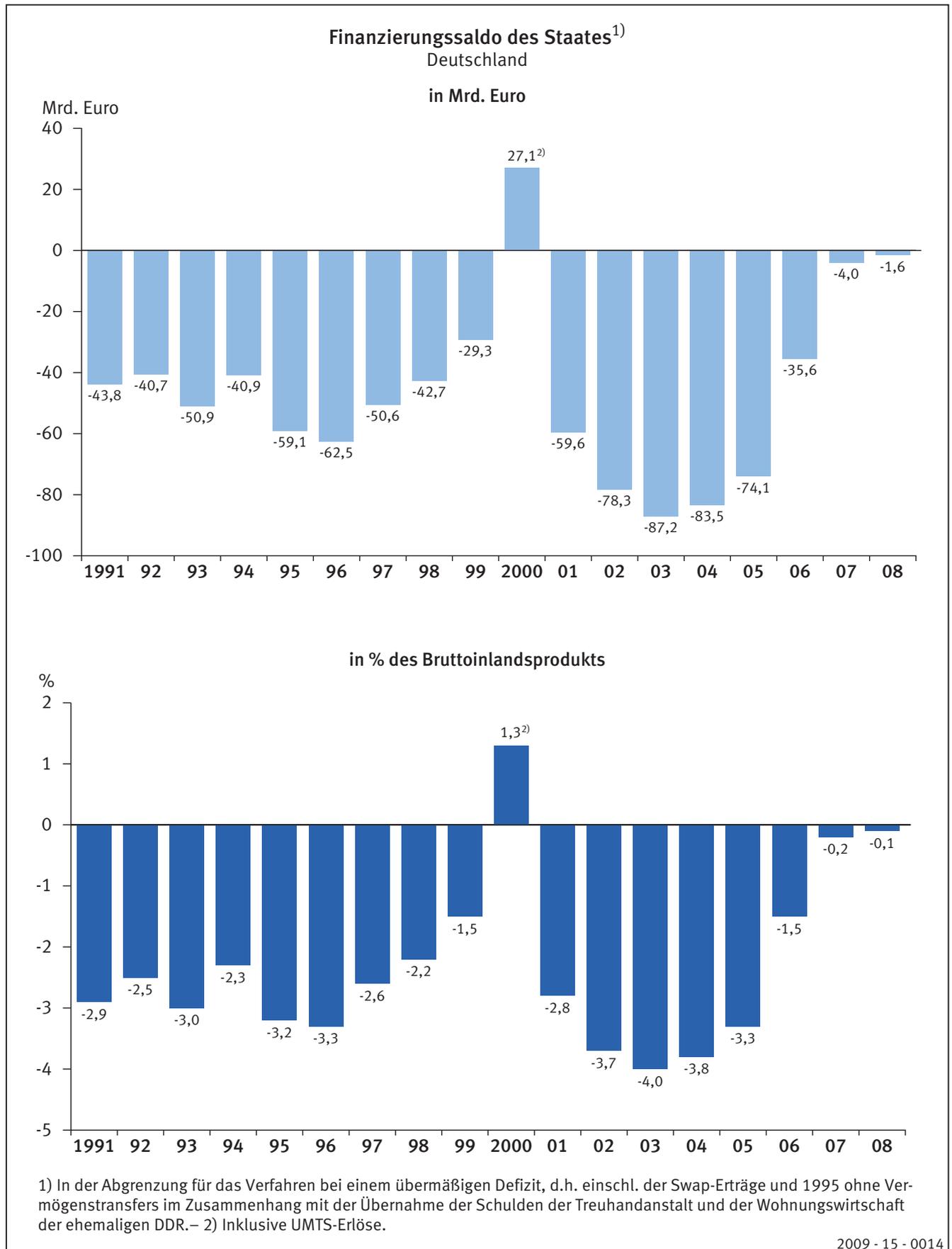


Schaubild 14



2009 - 15 - 0014

Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾
Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Staat	
	Mrd. EUR					in % des BIP
1991	- 48,30	- 8,73	+ 2,29	+ 10,91	- 43,83	- 2,9
1992	- 24,78	- 11,02	- 3,26	- 1,64	- 40,70	- 2,5
1993	- 35,45	- 16,89	- 1,54	+ 2,95	- 50,93	- 3,0
1994	- 19,31	- 21,18	- 2,40	+ 2,00	- 40,89	- 2,3
1995	- 26,32	- 21,21	- 3,88	- 7,71	- 59,12	- 3,2
1996	- 34,78	- 20,71	- 0,60	- 6,39	- 62,48	- 3,3
1997	- 30,48	- 21,74	+ 0,13	+ 1,48	- 50,61	- 2,6
1998	- 35,83	- 14,18	+ 4,29	+ 3,00	- 42,72	- 2,2
1999	- 30,58	- 9,47	+ 5,43	+ 5,32	- 29,30	- 1,5
2000 ³⁾	+ 28,00	- 6,95	+ 5,45	+ 0,59	+ 27,09	+ 1,3
2001	- 27,49	- 27,25	- 1,08	- 3,79	- 59,61	- 2,8
2002	- 35,96	- 30,57	- 4,97	- 6,82	- 78,32	- 3,7
2003	- 39,60	- 32,74	- 7,14	- 7,74	- 87,22	- 4,0
2004	- 52,04	- 27,85	- 2,40	- 1,23	- 83,52	- 3,8
2005	- 47,48	- 22,57	- 0,08	- 4,08	- 74,05	- 3,3
2006	- 34,32	- 10,31	+ 4,02	+ 4,99	- 35,62	- 1,5
2007	- 25,98	+ 3,36	+ 8,27	+ 10,40	- 3,95	- 0,2
2008	- 15,57	- 2,76	+ 8,77	+ 7,97	- 1,59	- 0,1

1) In der Abgrenzung für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, d.h. einschl. der Swaperträge und 1995 ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR. – 2) Ab 2005 vorläufiges Ergebnis. – 3) Inklusive UMTS-Erlöse.

Schaubild 15

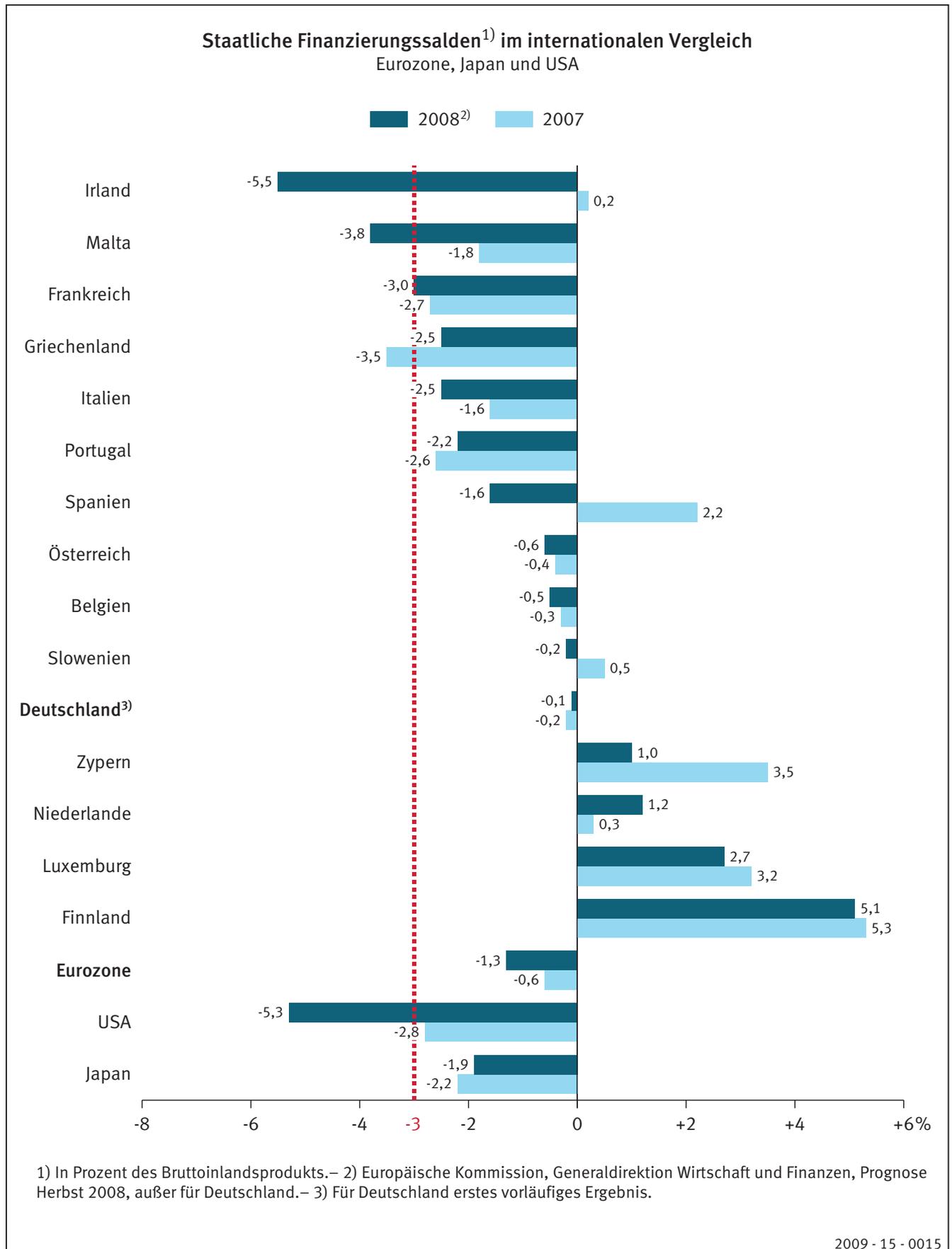


Schaubild 16

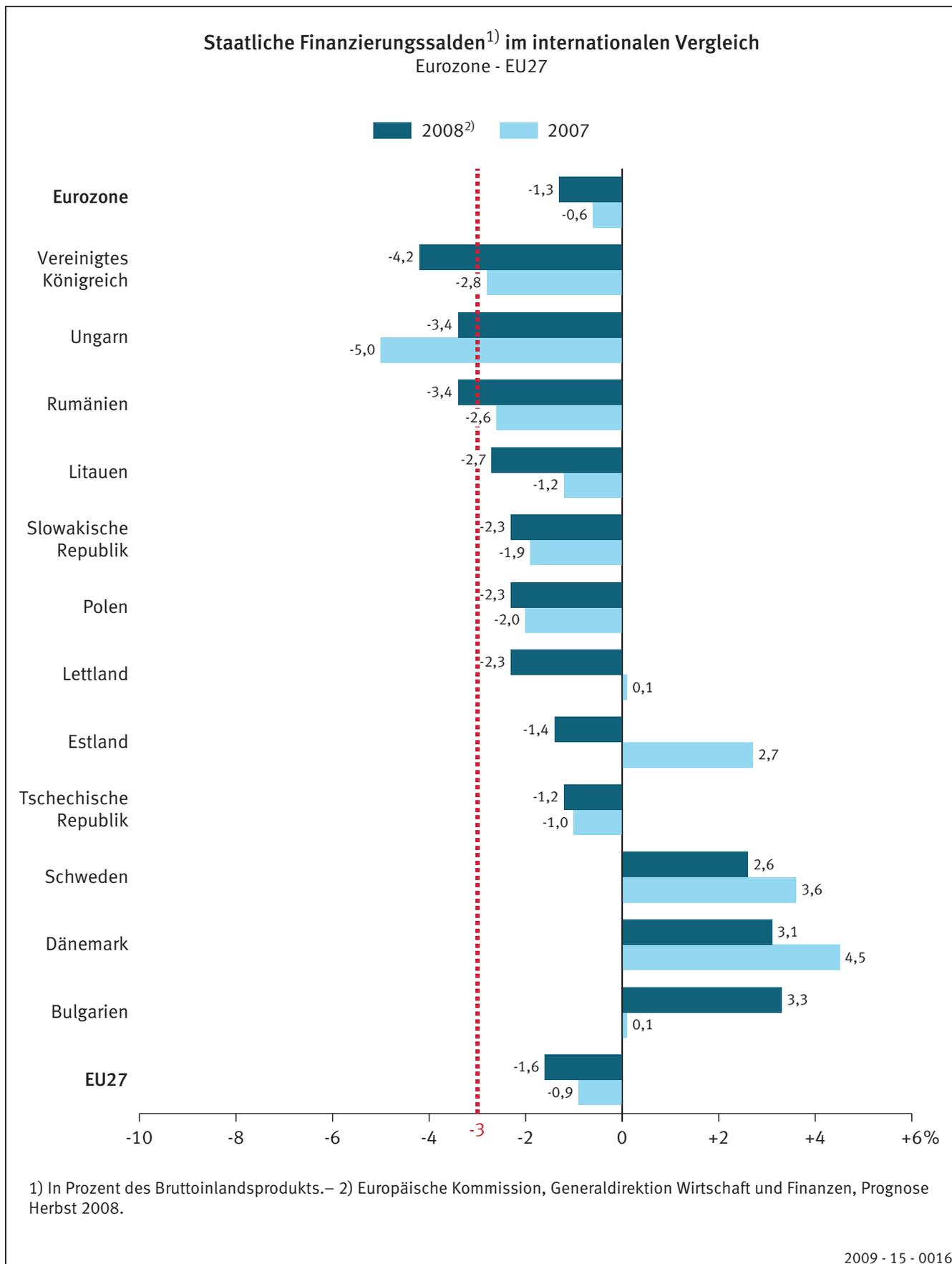


Schaubild 17

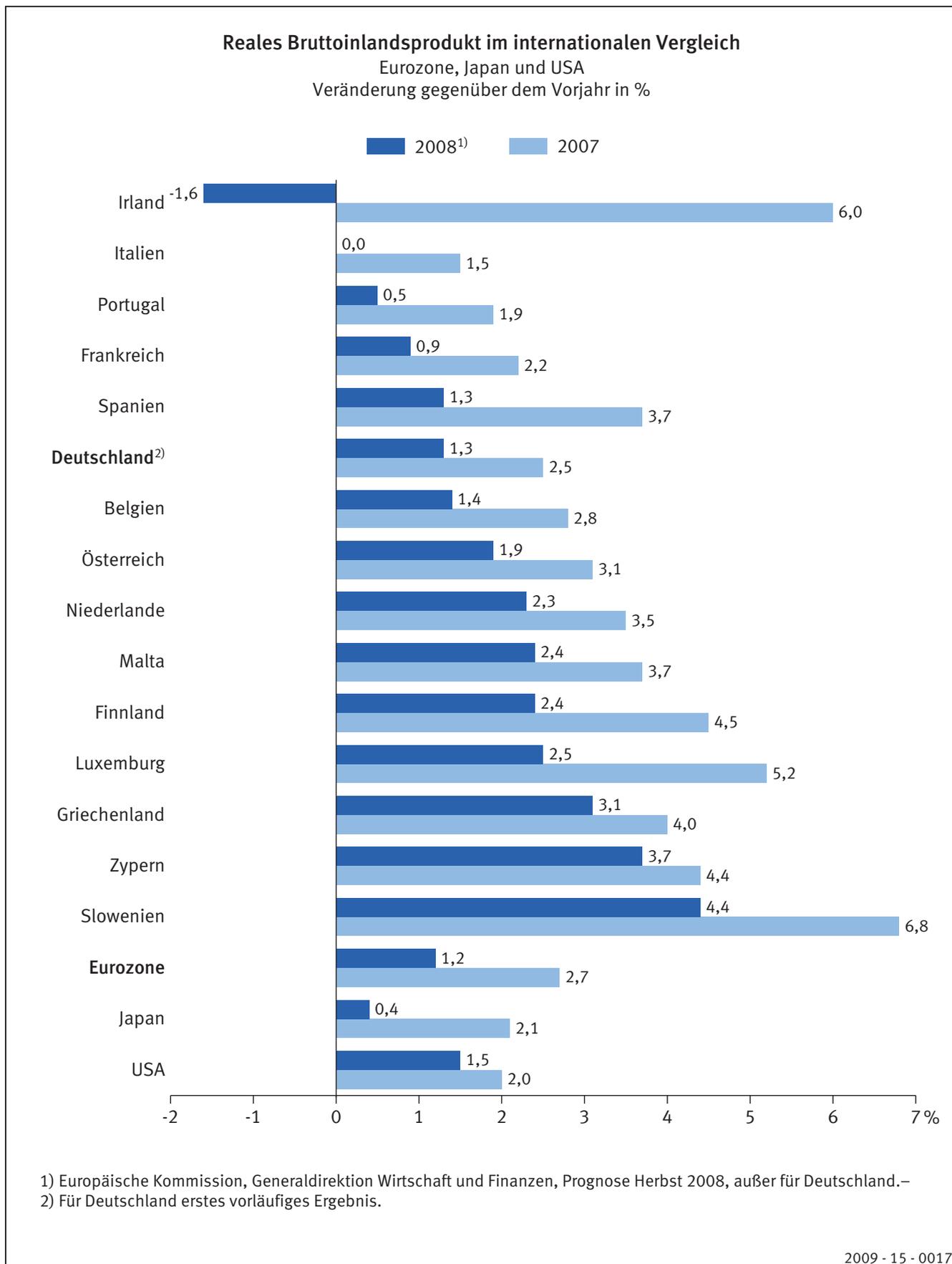
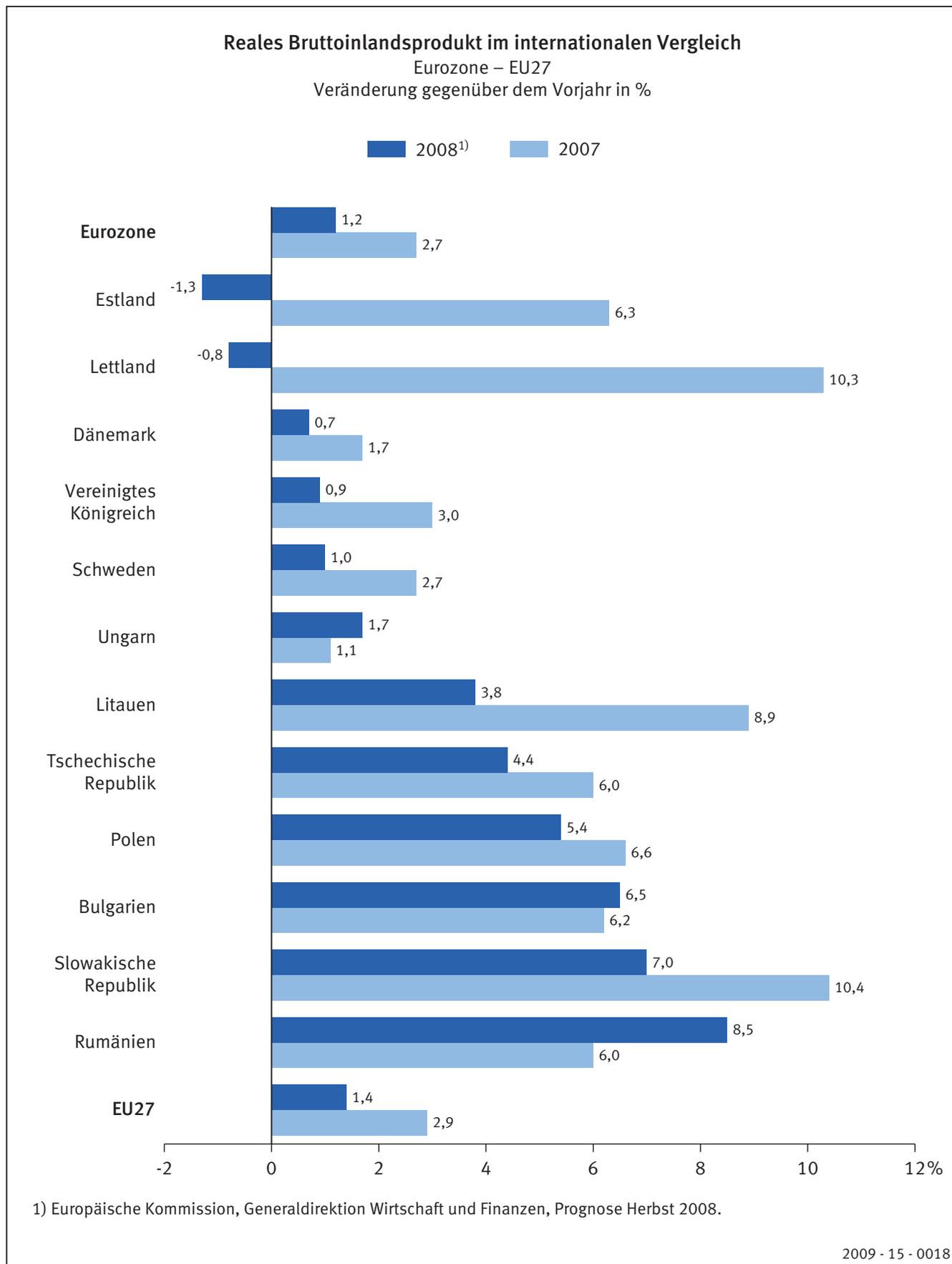


Schaubild 18



1 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) lag in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2008 mit 157,9 Mrd. Euro um 13,1 Mrd. Euro unter dem Wert des Jahres 2007. Letztmals war der Außenbeitrag im Jahr 2003 im Vorjahresvergleich gesunken, damals um rd. 12 Mrd. Euro.

Der immer noch hohe nominale Exportüberschuss 2008 resultiert aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 188,0 Mrd. Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (30,2 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss um 16,3 Mrd. Euro niedriger, gleichzeitig verbesserte sich das Defizit im Dienstleistungsverkehr um 3,2 Mrd. Euro.

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 %, die Importe stärker, und zwar um 5,2 %. Zusammengenommen gingen deshalb von der außenwirtschaftlichen Flanke keine Wachstumsimpulse aus, im Gegenteil, der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags belief sich auf – 0,3 % des BIP. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte + 4,3 % und Warenimporte + 6,3 %). Die reale Entwicklung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr verlief export- wie importseitig recht schwach (Dienstleistungsexporte + 1,4 %, Dienstleistungsimporte + 0,4 %). Die Exportpreise nahmen (nach VGR-Konzept) mit 0,8 % ungefähr halb so stark zu wie die Importpreise mit 1,7 %. In dieser (auf das Jahr gesehenen) Zunahme der Importpreise schlugen sich noch die Höchstpreise für Erdölimporte nieder, die im Laufe des Jahres 2008 zu verzeichnen waren. Aus der Export- und Importpreisentwicklung resultiert, dass sich die deutschen Terms of Trade gegenüber dem Vorjahr verschlechterten, und zwar um 0,9 %.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte und Importe – hier liegen erst die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern von Januar bis September 2008 vor und umfassen deshalb noch nicht die Entwicklung gegen Ende des Jahres – stiegen die deutschen Warenausfuhren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in die 26 EU-Länder schwächer (+ 5,1 %) als die Ausfuhren in die Drittländer (+ 8,3 %). Wie schon in den vorangegangenen Jahren stiegen die Warenausfuhren (zumindest im betrachteten Zeitraum) in die Russische Föderation auch im Jahr 2008 mit +20,4% besonders deutlich an. Die Zuwachsrate der Wareneinfuhren für die ersten neun Monate des Jahres 2008 aus Ländern der Europäischen Union lag mit 9,3 % höher als die aus den Drittstaaten (+ 7,4 %).

Der Handelsbilanzüberschuss in den ersten drei Quartalen 2008 wurde wiederum, so die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik, zum weit überwiegenden Teil im Warenverkehr mit den EU-Ländern erwirtschaftet (123,5 von insgesamt 142,8 Mrd. Euro). Handelsüberschüsse konnten beispielsweise mit Frankreich (+ 22,7 Mrd. Euro), Italien (+ 14,0 Mrd. Euro) und dem Vereinigten Königreich (+ 19,0 Mrd. Euro) erzielt werden. Auch gegenüber den Vereinigten Staaten lag die Warenausfuhr um 20,4 Mrd. Euro über der Wareneinfuhr. Handelsdefizite waren dagegen im Warenverkehr mit den großen östlichen Handelspartnern zu verzeichnen (Japan – 7,6 Mrd. Euro, China – 17,1 Mrd. Euro).

2 Arbeitsmarkt

2.1 Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2008 von 40,35 Millionen **Erwerbstätigen** mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 582 000 Personen oder 1,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte damit einen neuen Höchststand seit der Wiedervereinigung. Allerdings fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Berichtsjahr schwächer aus als im Jahr 2007, in dem die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 671 000 Personen oder 1,7 % zugenommen hatte. Wie schon in den beiden Jahren zuvor wurde der Anstieg der Erwerbstätigkeit auch im Jahr 2008 vom konjunkturellen Aufschwung, der bis weit in die erste Jahreshälfte anhielt, getragen. Die inzwischen eingetretene konjunkturelle Eintrübung wirkte sich nicht wesentlich auf das Jahresergebnis zur Erwerbstätigkeit aus, zumal der Arbeitsmarkt auf Veränderungen im Konjunkturverlauf erst mit zeitlicher Verzögerung reagiert. Geholfen haben dürften zudem eine verstärkte Förderung abhängiger Beschäftigten (zum Beispiel Eingliederungszuschüsse) sowie das (Saison)-Kurzarbeitergeld zu Beginn und zum Ende des Jahres. Dementsprechend wuchs die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2008 erneut kräftig, während der Anstieg der in Haupterwerbstätigkeit ausgeübten geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijobs) im abgelaufenen Jahr annähernd zum Stillstand kam. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger verzeichnete im Jahr 2008 trotz insgesamt rückläufiger staatlicher Förderung ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr.

Während die Zahl der erwerbstätigen Personen im abgelaufenen Jahr kräftig wuchs, blieb die Zahl der durchschnittlich je Erwerbstätigen **geleisteten Arbeitsstunden** im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert, weil sich Arbeitszeit erhöhende und vermindernde Effekte in etwa ausgeglichen haben. Arbeitszeit erhöhend wirkten sich dabei vor allem die im Vergleich zum Vorjahr größere Zahl an Arbeitstagen sowie die Zunahme von Vollzeitbeschäftigten und Nebentätigkeiten aus; dem standen Arbeitszeit vermindern insbesondere der Abbau von Überstunden und der Anstieg der Kurzarbeit gegenüber. Die **Arbeitsproduktivität**, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, nahm im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % ab, nach einem Zuwachs um 0,7 % im Jahr 2007. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet verringerte sich die Arbeitsproduktivität ebenfalls leicht um 0,1 %, nachdem sie im Jahr 2007 noch um 0,6 % zugenommen hatte.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung betrug die Zahl der **Erwerbslosen** nach international vereinbarter Definition im Jahresdurchschnitt 2008 in Deutschland 3,13 Millionen Personen. Dies entspricht einem Rückgang von 471 000 (- 13,1 %) gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007. Die Erwerbslosenquote, definiert als der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 8,3 % im Jahr 2007 auf 7,2 % im Jahresdurchschnitt 2008. Der Rückgang der Erwerbslosenzahl fällt damit etwas schwächer aus als der vom Jahr 2006 zum Jahr 2007 (-15,2 %). Im Jahr 2006 hatte die Erwerbslosenquote noch 9,8 % betragen.

2.2 Die Zahl der Erwerbslosen wird in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst. Grundgesamtheit der EU-Arbeitskräfteerhebung sind Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren. In Deutschland ist die Arbeitskräfteerhebung in den Mikrozensus integriert, für den jährlich rund 800 000 Personen mit Auskunftspflicht befragt werden. Der Mikrozensus wird kontinuierlich durchgeführt, so dass neben den monatlich veröffentlichten Ergebnissen zur Erwerbslosigkeit auch Jahresdurchschnittsergebnisse ermittelt werden können.

Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit folgen der international vereinbarten Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Erwerbstätig im Sinne dieser Definition ist jede Person im Alter von 15 Jahren und älter, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Als erwerbstätig gilt auch, wer sich in einem festen Arbeitsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum (z. B. wegen Krankheit oder Urlaub) nur vorübergehend nicht ausgeübt hat.

Erwerbslos ist im Sinne der ILO-Definition jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in der Berichtswoche nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger ist für die Einstufung als Erwerbsloser nicht relevant.

Die beiden Gruppen „Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland“ und „Erwerbslose“ bilden zusammen die auf dem Arbeitsmarkt aktiv tätige Gruppe der **Erwerbspersonen**. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm im Jahresdurchschnitt 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 118 000 Personen auf 43,41 Millionen Personen zu.

- 2.3 Im Jahresdurchschnitt 2008 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit **registrierten Arbeitslosen** nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 3,27 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang von 508 000 registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Bundesagentur für Arbeit führt diesen starken Rückgang insbesondere auf den konjunkturellen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zurück.

Die Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB unterscheidet sich von der Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien. So fordert das SGB eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Beide Voraussetzungen sind keine notwendige Bedingung für Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept. Daher sind in der ILO-Arbeitsmarktstatistik auch Personen als erwerbslos erfasst, die nach Definition des SGB nicht arbeitslos sind.

Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Nach den ILO-Kriterien hingegen schließt jede Erwerbstätigkeit die Möglichkeit aus, als erwerbslos erfasst zu werden. Somit sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit registrierte Arbeitslose enthalten, die in der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht als erwerbslos gezählt werden.

3 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wies der Staat im Berichtsjahr 2008 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,6 Milliarden Euro auf, nach einem Defizit von 4,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Damit konnten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung insgesamt bereits im fünften Jahr in Folge ihr Finanzierungsdefizit deutlich verringern. Das Ziel eines ausgeglichenen Finanzierungssaldos wurde knapp verfehlt, vor allem weil der Finanzierungssaldo des Staates in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sowohl in 2007 als auch in 2008 stark durch Einmaleffekte beeinflusst wurde. Hierzu gehörten die Umsetzung einer Entscheidung der Europäischen Kommission (Eurostat) zur Buchung bestimmter Stützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und das im Dezember 2008 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Pendlerpauschale. Ohne diese Effekte hätte der Staat in 2007 und 2008 einen Finanzierungsüberschuss erzielt.

Die Abnahme des Defizits in 2008 resultierte aus einem stärkeren Anstieg der Einnahmen (+ 2,6 %) im Vergleich zu dem der Ausgaben (+ 2,3 %). Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verringerte sich das Finanzierungsdefizit des Bundes um 10,6 Milliarden Euro auf 15,6 Milliarden Euro. Die Länder, die im Jahr 2007 noch einen Überschuss von 3,4 Milliarden Euro auswiesen, erzielten im Berichtsjahr ein Defizit von 2,8 Milliarden Euro. Die Gemeinden konnten das positive Vorjahresergebnis nochmals um 0,5 Milliarden Euro verbessern und realisierten einen Finanzierungsüberschuss von 8,8 Milliarden Euro. Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherung verringerte sich um 2,4 Milliarden Euro auf 8,0 Milliarden Euro. Hier wirkten sich insbesondere die deutlich gestiegenen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung für den sogenannten Eingliederungsbeitrag und die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung aus. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 0,1 % im Berichtsjahr.

Im Jahr 2008 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1093,5 Milliarden Euro. Das waren 2,6 % mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 3,1 %), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben um 2,5 % und das Aufkommen an Einkommensteuern um 3,7 %. Letztere wurde nicht unerheblich durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale beeinflusst, da die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen in den VGR bereits zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung erfasst werden und nicht erst mit der Kassenwirksamkeit. Wegen der guten Beschäftigungs- und Lohnentwicklung sind die Sozialbeiträge im Berichtsjahr um 2,0 % gestiegen und dies obwohl der Beitragssatz bei der Arbeitslosenversicherung von 4,2% auf 3,3 % reduziert wurde. So blieben die Sozialbeiträge bei der Arbeitslosenversicherung um 5,8 Milliarden Euro hinter dem Vorjahresergebnis zurück, während bei den übrigen Sozialversicherungszweigen ein Anstieg von 13,0 Milliarden Euro zu verzeichnen war. Ebenfalls höhere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat bei den Verkäufen (+ 1,9 %), den sonstigen laufenden Transfers (+ 3,0 %) sowie den Vermögenseinkommen (+ 4,8 %).

Die Ausgaben des Staates in 2008 (1095,1 Milliarden Euro) stiegen um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr. Von den großen Ausgabekategorien waren insbesondere bei den sozialen Sachleistungen (+ 4,4 %) und den Vorleistungen (+ 6,6 %) deutlich über dem Durchschnitt liegende Zuwächse zu verzeichnen. Die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt blieben dagegen mit einem Zuwachs von 2,0 % hinter der Entwicklung der Gesamtausgaben zurück. Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen an private Haushalte sind, bei sehr unterschiedlicher Entwicklung einzelner Leistungsarten, nur gering um 0,4 % gestiegen. Leicht gestiegen sind beispielsweise die Zahlungen für Renten (+ 0,9 %) und öffentliche Pensionen (+ 4,4 %) sowie die Geldleistungen der Krankenversicherung (+ 8,6 %). Auch die Ausgaben für die übrigen sozialen Geldleis-

tungen sind vor allem wegen der weiterhin starken Nachfrage nach dem zum Januar 2007 eingeführten Elterngeld um 16,7 % gestiegen. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung lagen hingegen etwa ein Zehntel (– 11,9 %) und die Zahlungen für das Arbeitslosengeld II (einschließlich sonstiger Leistungen nach SGB II) um ein Sechstel (– 16,8 %) unter ihrem Vorjahreswert. Bei den übrigen Ausgaben des Staates nahmen die Zinsausgaben um 2,7 %, die Bruttoinvestitionen um 6,9 % und die sonstigen laufende Transfers um 10,3 % zu. Die Aufwendungen für Vermögenstransfers sind im Berichtsjahr deutlich um 7,9 % auf 35,5 Milliarden Euro zurückgegangen, wurden aber wie im Vorjahr stark durch die von Bund und Ländern durchgeführten Abschirmungsmaßnahmen zugunsten einiger Banken beeinflusst. Die hierfür aufgewendeten Beträge beliefen sich in 2007 auf 7,3 Milliarden Euro und in 2008 auf 6,8 Milliarden Euro, jeweils nach Abzug der Beteiligungen von Dritten an den Abschirmungsmaßnahmen.

4 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

4.1 Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge für Untererfassungen werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die kurzfristig keine umfassenden statistischen Informationen vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt. Derartige Zuschläge werden regelmäßig bei großen Revisionen überprüft und, falls erforderlich, an neue Erkenntnisse angepasst.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in das BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich der Kenntnis der amtlichen Statistik, ist aber für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das deutsche BIP würde die Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

4.2 Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt allerdings eine eigenständige, getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESGV 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistungen am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da das Statistische Bundesamt Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik hält, erscheinen amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

4.3 Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Maße für administrative Zwecke genutzt werden (zum Beispiel im Zusammenhang mit Zahlungen an den EU-Haushalt und zur Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESVG 1995 durch die Mitgliedstaaten von Mitarbeitern von Eurostat vor Ort prüfen zu lassen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach Prüfung der deutschen Inlandsproduktsberechnung hat die Kommission keine Zweifel an der Vollständigkeit der deutschen Angaben.

5 Finanzkrise und VGR

5.1 Hintergrund

Seit Mitte 2007 weitete sich die US-Immobilienkrise zu einer weltweiten Finanzkrise aus, mit sehr deutlichen Auswirkungen auf die Finanzmärkte in Deutschland und Europa. Die wichtigsten Punkte sind:

- Zunächst standen die hohen Verluste von Banken und Versicherungsunternehmen im Blickpunkt, die Folge der teilweise massiven Abschreibungen auf ihre Engagements in überwiegend mit US-Hypotheken besicherten Wertpapieren waren. Diese Abschreibungen waren erforderlich, weil nach den internationalen Buchführungsstandards für die Bewertung von Wertpapieren die Marktgegebenheiten zum Bilanzstichtag maßgebend sind („fair value“). Damit schlug sich der Abschwung am US-Immobilienmarkt direkt in den Bilanzen nieder und konnte zu Problemen bei den aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattungen führen.
- Daneben waren Banken über Liquiditätszusagen von der US-Immobilienkrise betroffen. Bei deutschen Banken handelte es sich oft um Liquiditätszusagen für außerbilanzielle Zweckgesellschaften, die den Ankauf von langfristigen, durch US-Hypotheken besicherte Wertpapiere durch Ausgabe kurzfristiger Wertpapiere (Commercial Papers) finanzierten. Diese Liquiditätszusagen wurden fällig, sobald das Vertrauen in die Werthaltigkeit schwand und die kurzfristigen Wertpapiere keine Abnehmer mehr fanden.
- Schließlich wurden Banken vor allem durch das schwindende generelle Vertrauen auf den Finanzmärkten in Mitleidenschaft gezogen. So führte das Austrocknen der Interbankenmärkte, bei Banken, die sich kurzfristig refinanzierten, zu Liquidationsproblemen, die ihre Existenz bedrohten.

Seit September 2008 werden vermehrt staatliche Rettungspakete für Finanzunternehmen aufgelegt, um die Folgen der weltweiten Finanzkrise aufzufangen.

5.2 Auswirkungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die beschriebenen Wertverluste bei Finanzaktiva schlagen sich sowohl im betrieblichen als auch im volkswirtschaftlichen Rechnungswesen nieder, allerdings an unterschiedlichen Stellen. Während die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Unternehmensgewinn, der zentralen Größe des betrieblichen Rechnungswesens, direkt durchschlagen, verändern sie das Bruttoinlandsprodukt, die zentrale Größe der VGR, nicht. Grund hierfür ist:

- Der Unternehmensgewinn in der betrieblichen Rechnungslegung umfasst sowohl das Ergebnis aus der laufenden Produktion als auch die Erträge bzw. Verluste aus Finanzanlagen und Beteiligungen. Dagegen umfasst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur das Ergebnis aus der laufenden Produktion. Effekte aus der Umbewertung von finanziellen Vermögensgegenständen spielen für das BIP unmittelbar keine Rolle.
- In den VGR werden die Effekte der Umbewertung von Vermögensgegenständen konzeptionell als Teil der Vermögensrechnung erfasst. Hierbei ist zwischen Bewertungsgewinnen bzw. -verlusten für finanzielle und für nichtfinanzielle Vermögensgegenstände zu unterscheiden. In Deutschland ist das Statistische Bundesamt für die Vermögensrechnung der nichtfinanziellen und die Bundesbank

für die Vermögensrechnung der finanziellen Vermögensgegenstände zuständig. Die Umbewertung von Finanzaktiva ist Teil der finanziellen Vermögensrechnung. Solche finanziellen Umbewertungen schlagen sich nicht im BIP nieder.

5.3 Defizitwirkung staatlicher Stützungsmaßnahmen

Ob und inwieweit sich Stützungsmaßnahmen des Staates im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise auf den Finanzierungssaldo (Defizit) und den Schuldenstand niederschlagen, hängt von den Vorschriften des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sowie den ergänzenden Regeln im Handbuch zu Defizit und Schuldenstand ab (Manual on Government Debt and Deficit, MGDD). Dabei können insbesondere folgende Maßnahmen unterschieden werden:

- Die Grundregel im ESVG 1995 zur Behandlung von Bürgschaften, Liquiditätszusagen, Kreditlinien oder Garantien wurde für den Staat durch das MGDD spezifiziert: Bei Bürgschaften des Staates an einzelne Unternehmen in Schwierigkeiten ist bereits bei Vergabe eine defizitwirksame Buchung erforderlich, und zwar in Höhe des erwarteten Ausfalls.
- Die Grundregel des ESVG 1995 zur Buchung von Kapitalzuführungen, d. h. der Ankauf von Kapitalanteilen oder die Bereitstellung von Eigenkapital, wurde für den Staat folgendermaßen spezifiziert: Bei Kapitalzuführungen durch den Staat an öffentliche Unternehmen fordert das MGDD zu prüfen, ob die Investition nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgte und ein entsprechender Gegenwert (z. B. kein aufgelaufener Verlust) vorliegt. Ansonsten wird eine defizitwirksame (Teil-) Buchung erforderlich.
- Der Buchung eines Kaufs von finanziellen Aktiva ist allgemein im ESVG 1995 geregelt und wurde für den Staat folgendermaßen durch das MGDD spezifiziert: Beim Ankauf von Problemaktiva durch den Staat stellt sich insbesondere die Frage, in welchem Verhältnis der vom Staat gezahlte Preis zum Marktpreis der Problemaktiva steht. Nach den Regelungen des MGDD-Handbuchs ist die Differenz zwischen dem vom Staat gezahlten Preis und dem Marktpreis als Vermögenstransfer nachzuweisen und damit defizitwirksam.
- Die Behandlung einer Kreditvergabe ist im ESVG 1995 grundsätzlich geregelt und wurde durch das MGDD für den Staat spezifiziert: Wenn bei der Vergabe eines Kredites durch den Staat an einzelne öffentliche Unternehmen davon auszugehen ist, dass der gewährte Kredit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zurückgezahlt wird, ist ein defizitwirksamer Vermögenstransfer zu buchen (z. B. Kredite, die mit einem Forderungsverzicht ausgestattet sind).

Die Umsetzung dieser Regeln erfordert fast immer eine aufwendige und detaillierte Analyse der betroffenen Einzelfälle.

6 Vorjahrespreise und Verkettung

Im Rahmen der „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005 wurde die Preis- und Volumenmessung wesentlich umgestellt: Nach den entsprechenden internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften erfolgt sie nun auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Die neue Methode hat die vorherige Berechnung in konstanten Preisen (zuletzt in Preisen von 1995) ersetzt. Sie wurde sowohl für die Jahres- als auch für die Quartalsrechnung der VGR eingeführt. Seit die Rückrechnung der Angaben für 1970 bis 1991 im September 2006 fertig gestellt wurde, gilt diese wesentliche methodische Änderung auch für die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und für lange Zeitreihen.

Was bedeutet der Wechsel von der Festpreisbasis auf die Vorjahrespreisbasis?

Die „realen“ Ergebnisse der VGR werden nicht mehr wie zuvor in Preisen eines – üblicherweise fünfjährlich wechselnden – festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also zum Beispiel Ergebnisse für das Jahr 2006 in Preisen von 2005).

Welche Vorteile hat die Vorjahrespreisbasis gegenüber der Festpreisbasis?

Die Kritik am Konzept der Festpreisbasis bestand vor allem darin, dass die Preisrelationen eines Basisjahres in den Folgejahren immer weniger relevant werden und dass es beim Übergang auf eine neue Festpreisbasis im Rahmen von VGR-Revisionen immer wieder zu einer rückwirkenden Änderung der „realen“ Entwicklung wichtiger VGR-Größen kommen kann. Bei der Vorjahrespreisbasis werden dagegen immer die Preisrelationen eines aktuellen Basisjahres (nämlich des jeweiligen Vorjahres) verwendet. Dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsdaten (insbesondere des Bruttoinlandsprodukts) genauer und treffsicherer macht.

Wie funktioniert die Methode der Vorjahrespreisbasis und Verkettung?

Rechentechisch werden bei der Methode der Vorjahrespreisbasis die Wertangaben eines Jahres mit Preisindizes deflationiert, die immer auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert sind. Auf diese Weise erhält man zunächst eine Sequenz von Jahresergebnissen in konstanten Preisen des Vorjahres mit dazu passenden Messzahlen. Durch Verkettung („Chain-linking“) dieser Messzahlen kann für jedes Merkmal dann auch eine vergleichbare lange Zeitreihe ermittelt werden (von sog. Kettenindizes). Als Indextyp wird entsprechend den europäischen Regelungen wie bisher für die Volumenmessung ein Laspeyres-Index und damit für die implizite Preismessung ein Paasche-Index verwendet.

Was ist ein Kettenindex?

Ein Kettenindex ist ein spezieller Indextyp, der sich aus der zeitlichen Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes ergibt; diese beziehen sich jeweils auf das Vorjahr und haben damit ein jährlich wechselndes Wägungsschema. Kennzeichnend ist, dass ein beliebiger Zwei-Periodenvergleich (zwischen 0 und t) *indirekt* hergestellt wird, nämlich als Produkt der jährlichen Teilindizes, und nicht direkt, also allein unter Beteiligung von Daten der Perioden 0 und t, wie bei einem direkten Volumen- oder Preisindex. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (z. B. Jahr 2000 = 100), was aber nicht verwechselt werden darf mit dem bisherigen Preisbasisjahr (bei der Festpreisrechnung).

Welche Methode wird für die Berechnung vierteljährlicher Daten verwendet?

Zur Berechnung vierteljährlicher Daten auf Vorjahrespreisbasis wird ein spezielles Rechenverfahren angewandt, das für die Praxis der deutschen VGR am besten geeignet ist, die so genannte Annual-Overlap-Methode. Bei dieser Methode werden die aktuellen Volumina vereinfachend zum Jahresdurchschnitt der nominalen Werte des Vorjahres in Beziehung gesetzt (Jahreswert/4). Nähere Informationen hierzu finden sich im Informationsangebot zur Revision der VGR im Internet unter <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrrevision.php>.

Was ändert sich in den Veröffentlichungen durch die Vorjahrespreisbasis?

Im Mittelpunkt der Darstellung der preisbereinigten Ergebnisse stehen seit der Revision 2005 die Kettenindizes der Volumenangaben sowie die daraus abgeleiteten Veränderungsraten und Wachstumsbeiträge. Die Saldengrößen Außenbeitrag und Vorratsveränderungen werden preisbereinigt nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen (zum Bruttoinlandsprodukt) dargestellt.

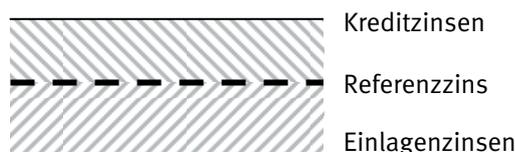
Werden auch weiterhin Absolutwerte zur Verfügung gestellt?

Auf Anfrage werden auch verkettete Absolutwerte (in Milliarden Euro mit Referenzjahr 2000) sowie (unverkettete) Absolutwerte in Vorjahrespreisen in elektronischer Form bereitgestellt (regelmäßige Mailing-Liste, bei Interesse E-Mail an bip-info@destatis.de). Dabei ist zu beachten, dass die verketteten Absolutwerte nicht additiv sind, also die Summe der verketteten Teilaggregate (zum Beispiel Konsum, Bruttoinvestitionen, Exporte, Importe) vom Wert des verketteten Gesamtaggregate (zum Beispiel des BIP) abweicht.

7 FISIM

Der Produktionswert von Banken im Einlagen- und Kreditgeschäft wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen FISIM genannt und steht für „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die Schwierigkeit bei der Messung der Bankdienstleistung im Einlagen- und Kreditgeschäft besteht darin, dass den Kunden dafür keine getrennten Dienstleistungsentgelte in Rechnung gestellt werden, sondern diese bereits über die Zinsen abgedeckt sind¹⁾.

FISIM kann deshalb nicht statistisch erfragt, sondern muss modellmäßig berechnet werden. Dies lässt sich schematisch mit folgender Grafik verdeutlichen:



Grundidee ist, dass es einen „reinen“ Zinssatz gibt, der keine Dienstleistungs- und Risikozuschläge enthält. Dieser Referenzzinssatz wird üblicherweise mit dem Interbankenzinssatz gleichgesetzt. Es wird angenommen, dass einerseits Kreditnehmer einen höheren Zinssatz als den Referenzzinssatz in Rechnung gestellt bekommen und andererseits Einleger einen niedrigeren Zinssatz erhalten. Die FISIM wird dann als Unterschied zwischen den tatsächlichen Zinsen und dem Referenzzins gemessen. Kreditnehmer zahlen tatsächlich höhere Zinsen als die Referenzzinsen; dieser Zuschlag kann als Entgelt für die Verwaltung des Kredits interpretiert werden. Dagegen bekommen Einleger tatsächlich weniger als die Referenzzinsen; dieser Abschlag kann als Entgelt für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs angesehen werden. Die Summe der Zuschläge und der Abschläge entspricht dem (impliziten) Bankleistungsentgelt, der FISIM.

Das FISIM-Berechnungsmodell erlaubt außerdem eine Aufteilung nach Verwendungskategorien. Sind die Kreditnehmer bzw. Einleger Konsumenten (wie die meisten privaten Haushalte), erhöht das implizite Dienstleistungsentgelt die Konsumausgaben. Werden sie in den VGR als Produzenten behandelt, geht die FISIM in die Vorleistungen ein (auch beim Staat erhöhen sich die Vorleistungen und – wegen der additiven Berechnung des Produktionswertes – die daraus abgeleiteten Konsumausgaben des Staates). Wenn es sich um grenzüberschreitende Kredit- und Einlagengeschäfte handelt, sind Exporte bzw. Importe betroffen. Sofern FISIM in die Konsumausgaben oder in die Exporte bzw. Importe eingeht, hat dies Einfluss auf das Niveau und den Verlauf des BIP und damit auch auf das Wirtschaftswachstum. Das deutsche BIP erhöht sich durch die FISIM-Aufteilung im Niveau um über 1 Prozent.

Auch in der Verteilungsrechnung hat die FISIM-Neuregelung erhebliche Auswirkungen. Zunächst führt sie bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu einem Niveauanstieg im gleichen Umfang wie beim BIP. Ein weiterer Effekt ergibt sich für die gezeigten „Zinsen“: In diese Größe fließen jetzt Zinsen für Einlagen und Kredite zum Referenzzinssatz und nicht mehr die tatsächlich empfangenen und geleisteten Zinsen ein (außer tatsächliche Wertpapierzinsen). Diese Besonderheit ist bei der Interpretation der Zinsen in den VGR zu beachten.

Hinweis: Die beschriebene FISIM-Aufteilung wurde, aufgrund rechtsverbindlicher Vorgaben der Europäischen Union, mit der großen Revision 2005 in die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeführt. Davor wurde die sogenannte „unterstellte Bankgebühr“ nicht auf die Verwender aufgeteilt, sondern insgesamt als Vorleistung gebucht und hatte insofern keinen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt.

1) Bei anderen Bankgeschäften werden die Leistungen direkt abgerechnet, z.B. über Kontoführungs-, Safegebühren oder Vermittlungsprovisionen.

8 Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum

Mit der Publikation der von den Nutzern geforderten hochaktuellen Konjunkturdaten befindet sich die amtliche Statistik im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen zum Wirtschaftswachstum veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse zunächst auf einer vergleichsweise unvollständigen Datengrundlage berechnet und zum Teil geschätzt. Diese vorläufigen Ergebnisse werden zu den nächsten Rechenterminen durch die Einarbeitung neuer statistischer Ausgangsdaten kontinuierlich aktualisiert und auf eine breitere Datenbasis gestellt.

8.1 Laufende Revisionen des Bruttoinlandsprodukts

Unter einer Revision versteht man die Überarbeitung der VGR-Ergebnisse durch die Einbeziehung aktueller Daten, neuer Statistiken und/oder durch die Anwendung verbesserter oder neuer Methoden. Laufende Revisionen haben kleinere Korrekturen einzelner Quartale oder Jahre zum Gegenstand, sie sind grundsätzlich bei jedem Veröffentlichungstermin möglich. Umfassende bzw. „große“ Revisionen werden demgegenüber nur alle 5 bis 10 Jahre durchgeführt. Sie dienen u.a. der Einführung neuer Konzepte, Definitionen und Klassifikationen oder der Umsetzung neuer Berechnungsmethoden.

Das erste Jahresergebnis für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird jeweils im Januar circa 15 Tage nach Ablauf des Berichtsjahres im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. In den folgenden Wochen wird dieses vorläufige Ergebnis auf Basis der zwischenzeitlich verfügbaren neuen statistischen Informationen überarbeitet. Das überarbeitete Ergebnis für das BIP des abgelaufenen Jahres wird zusammen mit Ergebnissen für das BIP im vierten Quartal des Berichtsjahres Mitte Februar publiziert. Detaillierte Ergebnisse folgen Ende Februar.

Seit dem Jahr 2003 hat sich die erste Veröffentlichung des vierteljährlichen BIP, unter anderem auf Drängen der Finanzwelt und aufgrund des Bedarfs der EZB nach aktuelleren Daten für die Eurozone, von 65 auf 45 Tage nach Abschluss des Berichtsquartals beschleunigt. Etwa 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals folgen detaillierte Ergebnisse, also für das erste Quartal jeweils im Mai, für das zweite Quartal im August, für das dritte Quartal im November und für das vierte Quartal im Februar. Im Zuge der Berechnung des jeweils aktuellen Quartals werden auch die bereits vorliegenden Quartale des laufenden Jahres überprüft und – soweit erforderlich – revidiert. Die regelmäßigen Korrekturen der vorläufigen Ergebnisse im Zeitablauf dienen der Einbeziehung neu verfügbarer oder überarbeiteter kurzfristiger statistischer Ausgangsdaten. Die Berücksichtigung dieser Informationen ist insbesondere dann erforderlich, wenn es andernfalls zu Brüchen in den Zeitreihen kommen würde. Dies gilt sowohl für den traditionellen Vorjahresvergleich als auch für den Vorperiodenvergleich bei saison- und kalenderbereinigten Ergebnissen.

Darüber hinaus werden im Sommer eines jeden Jahres üblicherweise die letzten vier Berichtsjahre einschließlich der dazugehörigen Quartale überarbeitet (im Sommer 2008 also die Berichtsjahre 2004, 2005, 2006 und 2007). Veröffentlicht werden die revidierten Ergebnisse stets im August. Diese Revisionen sind notwendig, um große Jahresstatistiken in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzuarbeiten. So wurden im Sommer 2008 u.a. die Umsatzsteuerstatistik 2006, die Laufenden Wirtschaftsrechnungen für 2006 und die Unternehmensstrukturerhebungen 2006 erstmals für die Berechnung des BIP verwendet. Die Ergebnisse der Jahresstatistiken liegen erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand zum Berichtszeitpunkt bzw. zum Ende des Berichtszeitraums vor, so dass sie für die Berechnung erster vorläufiger BIP-Zahlen noch nicht verwendet werden können. Die Berechnun-

gen am aktuellen Rand basieren deshalb zum größten Teil auf Indikatoren oder sind das Ergebnis von Schätzungen. Im Rahmen der Sommerrechnung werden diese durch die nunmehr vorliegenden neuen Ergebnisse der Basisstatistiken ersetzt. Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten wird dadurch auf eine statistisch besser fundierte Datenbasis gestellt. Die für eine „finale“ Berechnung der VGR-Daten notwendigen Basisstatistiken liegen in der Regel allerdings erst nach vier Jahren vollständig vor, so dass erst dann die Ergebnisse endgültig sind und nicht mehr regelmäßig revidiert werden müssen. Die skizzierte, für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen charakteristische Vorgehensweise verdeutlicht, dass eine hohe Aktualität grundsätzlich nur um den Preis einer etwas geringeren Zuverlässigkeit zu haben ist.

8.2 Revisionsmaße zur Beurteilung der Zuverlässigkeit

Eine Möglichkeit zur Abschätzung der Zuverlässigkeit von VGR-Angaben besteht in der Analyse von Revisionsdifferenzen. Dabei wird die Abweichung zwischen einer ersten Schätzung und dem späteren (endgültigen) Ergebnis untersucht. Mit der Berechnung von Revisionsdifferenzen erhält der Nutzer einen Eindruck darüber, wie hoch der durchschnittliche Korrekturbedarf bei den früheren Schätzungen anzusetzen ist. Üblich sind die Berechnung der „Mittleren Revision (MR)“ und der „Mittleren absoluten Revision (MAR)“. Die Mittlere Revision ist das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten mit Berücksichtigung des Vorzeichens. Dagegen ist die Mittlere absolute Revision das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten ohne Berücksichtigung der Vorzeichen.

Die folgende Übersicht zeigt Revisionsmaße für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (Jahreswerte). Der Beobachtungszeitraum beginnt im Jahr 1999. In diesem Jahr wurde das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 eingeführt, das maßgebend für die deutsche VGR ist.

Revisionsmaße¹⁾

	t ₀ zu 1. Überarbeitung	t ₀ zu 1. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 2. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 3. Jahresüberarbeitung	t _{unrev} zu t _{rev} ²⁾	t ₀ zu finaler Jahresüberarbeitung
Beobachtungsperioden	1999 – 2007	1999 – 2007	1999 – 2006	1999 – 2005	1999 – 2004	1999 – 2004
Anzahl der Beobachtungen (n)	9	9	8	7	6	6
Mittlere Revision (MR)	+ 0,01	+ 0,04	0,01	– 0,04	+ 0,15	+ 0,08
Mittlere absolute Revision (MAR)	0,06	0,09	0,26	0,27	0,15	0,35

1) Bezogen auf die jeweiligen Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (verkettet, 2000 = 100) gegenüber dem Vorjahr zu den unterschiedlichen Berechnungsterminen.

2) Ausmaß der revisionsbedingten Änderungen durch die große VGR-Revision 2005 (daten- und konzeptbedingte Änderungen).

Dabei bedeutet:

t_0	Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
t_{unrev}	letzte Veröffentlichung unrevidierter Angaben vor großer VGR-Revision 2005
t_{rev}	erste Veröffentlichung revidierter Angaben nach großer VGR-Revision 2005
MR	$\sum(x_i - x_0)/n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden Verzerrungen (Bias) nach oben oder unten
MAR	$\sum x_i - x_0 /n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden absoluten Korrekturen
x_0	Wert zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
x_i	Wert zum Zeitpunkt der folgenden Veröffentlichungen

Zum besseren Verständnis der Tabelle wird im Folgenden beispielhaft die Berechnung der MR und der MAR nach der ersten Jahresüberarbeitung der Ergebnisse (siehe Spalte 2 der Übersicht) erläutert:

Die MR, die in diesem Fall + 0,05 beträgt, gibt an, wie hoch im Zeitraum von 1999 bis 2006 die durchschnittliche Abweichung zwischen der ersten Veröffentlichung des preisbereinigten BIP für das Jahr t im Januar des Jahres $t+1$ und der ersten Jahresüberarbeitung im August von $t+1$ ist.

Im Januar 2000 wurde erstmals das preisbereinigte BIP für 1999 veröffentlicht. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 1,4%. Dieser Wert wurde im August 2000 (erste Jahresüberarbeitung) auf 1,6% heraufgesetzt, die Abweichung betrug also 0,2%-Punkte. Für die Jahre 2000 bis 2007 gilt entsprechend:

Berichtsjahr t	Erste Veröffentlichung Januar $t+1$	Erste Jahresüberarbeitung August $t+1$	Abweichung zwischen erster Veröffentlichung und erster Jahresüberarbeitung
1999	1,4	1,6	0,2
2000	3,1	3,0	- 0,1
2001	0,6	0,6	0,0
2002	0,2	0,2	0,0
2003	- 0,1	- 0,1	0,0
2004	1,7	1,6	- 0,1
2005	0,9	0,9	0,0
2006	2,5	2,9	+ 0,4
2007	2,5	2,5	0,0

Addiert man die einzelnen Revisionsdifferenzen, erhält man einen Wert von + 0,4. Bei neun Beobachtungen errechnet sich ein arithmetisches Mittel bzw. eine Mittlere Abweichung von + 0,04. Bei der Mittleren absoluten Abweichung wird entsprechend verfahren, allerdings ohne Berücksichtigung der Vorzeichen: Der Abweichungsbeitrag ist 0,8, das arithmetische Mittel für den Zeitraum von 1999 bis 2006 beträgt 0,09.

Ausführlichere Informationen zu diesem Thema sind dem Qualitätsbericht „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“¹⁾ sowie dem Aufsatz „Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“²⁾ zu entnehmen.

1) Siehe http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht_vgr.pdf

2) Siehe Braakmann, A. in: Allgemeines Statistisches Archiv 87 (2003), S. 183-199.

9 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden regelmäßig in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und insbesondere in Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS sowie in ausgewählten Tabellen im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Das erste Jahresergebnis wird jeweils ca. 15 Tage nach Ablauf des Berichtsjahres im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. In der Pressekonferenz können naturgemäß nur einige wichtige gesamtwirtschaftliche Zahlen vorgestellt werden. Detailliertere Informationen über die ersten vorläufigen Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung für das abgelaufene Jahr enthält die parallel zur Pressekonferenz veröffentlichte Fachserie 18, Reihe 1.1 „Erste Jahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“.

Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden in einer so genannten BIP-Schnellmeldung nach 45 Tagen erstmals veröffentlicht. Tiefer gegliederte Resultate folgen in einer Pressemitteilung ca. 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals – also jeweils das erste Quartal im Mai, das zweite Quartal im August, das dritte Quartal im November und das vierte Quartal im Februar. Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Quartale. Ergänzend zur Pressemitteilung werden detaillierte Vierteljahresergebnisse jeweils in Fachserie 18, Reihe 1.2 „Inlandsproduktsberechnung, Vierteljahresergebnisse“ veröffentlicht. Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse enthält Fachserie 18, Reihe 1.3 „Inlandsproduktsberechnung, Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12 ARIMA und BV4.1“.

Im Februar werden zusammen mit der Berechnung des vierten Quartals auch die ersten Jahresergebnisse vom Januar überarbeitet und in Fachserie 18, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: Februar“ veröffentlicht. Schließlich werden im August eines jeden Jahres üblicherweise die Ergebnisse für die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert¹⁾. Publiziert werden die überarbeiteten Ergebnisse in Fachserie 18, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August“.

Vierteljährliche und jährliche Daten für Deutschland insgesamt werden ab dem ersten Quartal 1991, für das frühere Bundesgebiet für den Zeitraum von 1970 bis 1991 ohne Brüche bereitgestellt (Doppelnachweis für das Jahr 1991). Ab dem Berichtsjahr 1970 entsprechen die VGR-Zahlen den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995²⁾, so dass methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung stehen. Veröffentlicht werden die langen Reihen ab 1970 in Fachserie 18, Reihe 1.5 „Inlandsproduktsberechnung, Lange Reihen ab 1970“. Diese Fachserie erscheint zweimal pro Jahr, im Februar und im August, und wird jeweils um das aktuelle Jahr ergänzt.

Neben den genannten Fachserien beinhaltet das Veröffentlichungsprogramm der deutschen VGR eine Vielzahl weiterer Publikationen. Dazu zählen unter anderem einschlägige Fachaufsätze in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen

1) Zur Revisionspolitik der deutschen VGR siehe Abschnitt 8 dieses Heftes: „Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum“.

2) Das ESVG 1995 ist für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich, so dass auch EU-weit harmonisierte und vergleichbare Angaben vorliegen.

Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und Beihefte zur Fachserie 18. In den Beiheften werden für ausgewählte VGR-Aggregate, beispielsweise für die privaten Konsumausgaben, tief gegliederte Zahlen bereitgestellt, die weit über die entsprechenden Angaben in den Fachserien hinausgehen. Umfassende Informationen über die Konzepte und Methoden der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten die Methodenbeschreibungen zur jährlichen und zur vierteljährlichen Inlandsproduktberechnung. Sie wurden als Fachserie 18, Reihe S.22 („Inlandsprodukt nach ESVG 95 – Methoden und Grundlagen“) bzw. Fachserie 18, Reihe S.23 („Vierteljährliche Berechnung des Inlandsprodukts nach ESVG 95“) veröffentlicht.

Die genannten Fachserien und weitere Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internet über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes bzw. über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kostenlos erhältlich (www.destatis.de).

Die nachfolgende Übersicht zeigt noch einmal zu welchem Zeitpunkt und in welcher Fachserie vierteljährliche und jährliche VGR-Zahlen regelmäßig veröffentlicht werden:

Veröffentlichungstermin	Quartalsdaten	Jahresdaten	Veröffentlichung in:
Mitte Januar des Jahres t	-	t-1	Fachserie 18, Reihe 1.1
Ende Februar des Jahres t	Q4 _{t-1}	t-1	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3 Fachserie 18, Reihen 1.4 und 1.5
Ende Mai des Jahres t	Q1 _t	-	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3
Ende August des Jahres t	Q2 _t	t-1, t-2, t-3, t-4	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3 Fachserie 18, Reihen 1.4 und 1.5
Ende November des Jahres t	Q3 _t	-	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3

Unser Service für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) informieren wir über Inhalt und Aufbau, aktuelle Themen (z.B. Revisionen) sowie methodische Erläuterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie finden im Internet außerdem Grafiken und vierteljährliche sowie jährliche Tabellen zur Inlandsproduktsberechnung für ausgewählte Zeiträume sowie Tabellen zur Input-Output-Rechnung und zum EU-Stabilitätspakt. Daneben werden auch Links zur Auskunftsdatenbank GENESIS-Online und zum Publikationsservice angeboten. Beim Publikationsservice werden neben den einzelnen Reihen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ auch andere Veröffentlichungsreihen des Statistischen Bundesamtes kostenfrei als Download-Produkte angeboten.

Die vorliegende Broschüre kann sowohl über die VGR-Themenseite als auch über den Pfad „Presse -> Pressekonferenzen“ herunter geladen werden.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr. Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservices: Telefon (0611) 75-2405, Telefax (0611) 75-3330, Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt .

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de. Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre. Bitte wenden Sie sich an das VGR-Info-Team, Telefon (0611) 75-2626, E-Mail: bip-info@destatis.de .

Oder schreiben Sie uns:
Statistisches Bundesamt
Gruppe III A
65180 Wiesbaden

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!